



Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

No 137.

Donnerstag den 15. Juni

1848.

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M.
 Heute erscheint der 8—10. (38—40.) Bogen des 2. Abonnements von 30 Bogen:
 Berlin Bogen 24. Frankfurt Bogen 15 und 16.

Man beliebe darauf baldigst bei den betreffenden Postanstalten und Commanditen mit 10 Sgr. zu pränumeriren.

K. Breslau, 14. Juni.

Die Hoffnungen, welche wir auf die Debatte über den Behrens'schen Antrag gesetzt hatten, sind wiederum nicht in Erfüllung gegangen. Der erwartete Prinzipienkampf ist wieder umgangen worden, der Boden, auf dem die Nationalversammlung steht, ist noch eben so schwankend, ihre Stellung zu dem Geiste der Zeit noch eben so unklar, die Parteien sind noch eben so verschwommen und unentschieden, wie Alles vom Beginn der Sitzungen an gewesen ist. Oder will man diese Rechte, diese Majorität, eine auf bestimmte Prinzipien basirte Partei nennen, während sie doch eben nur durch den Entschluß zusammengehalten wurde, kein Princip auszusprechen? Kann man diese Linke schon eine Partei nennen, welche, wie bekannt, aus ziemlich verschiedenen Fractionen besteht, die aber keine Gelegenheit hatten, sich klar herauszustellen, weil durch den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung der eigentliche principielle Kampf abgeschnitten wurde? Nein, die Versammlung ist immer noch nicht von der Stelle gekommen, wir müssen wiederum warten, bis zur Adressen-Debatte, vielleicht bringt diese endlich Klarheit und Gewißheit, wenn nicht etwa auch hier die gewöhnliche Drohung der Minister mit ihrer Abdankung und der panische Schrecken der Majorität die Entwicklung missliebiger Grundsätze durch einen raschen Schluß der Debatte abschneidet.

Die National-Versammlung hat die Revolution nicht geleugnet, aber sie hat sich geweigert, eine offene Anerkennung derselben auszusprechen. Was sie mit diesem Schweigen hat sagen wollen, darüber werden uns vielleicht die Gründe Aufschluß geben, welche gegen den Behrens'schen Antrag vorgebracht wurden. — Man hat zuvörderst sowohl in der National-Versammlung als in gewissen Organen der Presse den Einwand erhoben, daß eine Anerkennung der Revolution überflüssig sei, weil diese, als eine Thatsache, keiner Anerkennung bedürfe. Betrachten wir dagegen die Sache, wie sie bei uns sich herausgestellt hat. Der blutigen Nacht des 19ten März waren zahlreiche und mitunter ungestüm fordernde Adressen vorausgegangen, zuletzt sogar öffentliche Demonstrationen. So wurde von der Regierung ein kleines Zugeständniß nach dem andern gewissermaßen erpreßt. Aber die Regierung blieb immer der angeblich freiwillig gewährende Theil, die Nation empfing Rechte und Freiheiten als ein königliches Geschenk. Aber alle diese kleinen Concessionen trugen den Stempel des bisherigen Systems, das Volk blieb nach wie vor eine unmündige Masse. Selbst die so vielfach gerühmten Zugeständnisse des 18. März trugen noch diesen Charakter. Von einem Rechte des Volkes war auch dort noch nicht die Rede, alles Gewährte war octroirt und noch dazu in so bestimmten Umrißen gezeichnet, daß bei der bekannten Manier der frühern Regierung, für jedes Versprechen eine Hintertür offen zu lassen, das wirkliche Resultat der sogenannten Concessionen ein sehr kümmerliches werden konnte. Das einzige vollständig ausgearbeitete Gesetz, das Preßgesetz, war noch so im Geiste des alten Systems gehalten, daß es zwar Censurfreiheit, nimmermehr aber Preßfreiheit sicherte, welche überhaupt so lange eine Illusion bleiben wird, als die alten landrechtlichen Bestimmungen in Kraft bleiben. Während so die Regierung mit zögernder Hand Concessionen wie Almosen vertheilte, ohne den alten Standpunkt zu verlassen, während in dem ganzen Lande die Erregung der Forbernden immer höher stieg und hier und da schon drohende Ankündigungen baldiger Ausbrüche sich zeigten,

brach in Berlin, ob aus Mißverständnis oder aus irgend einem andern Grunde, ist gleichgiltig, jener Kampf des 19. März aus, welcher die Lage der Sache auf einmal umkehrte. Ob das Militär in Berlin vielleicht doch noch gesiegt hätte, ob man nicht vielleicht die Stadt hätte zusammenschießen können, mag zweifelhaft sein, genug, daß ein solches endloses Morden auf Tod und Leben eine Unmöglichkeit war, gleichviel, ob eine physische oder eine moralische. Der Umschwung war ein gewaltiger. Das Volk stand nicht mehr als Bettler vor den Thoren der Paläste, es war kurze Zeit Herrscher, nur daß es seine eigene Macht durch die fortwährende Anerkennung der königlichen Autorität von Anfang an beschränkte. Wer hat in jenen Tagen daran gedacht, dieses oder jenes Recht, diese oder jene Freiheit zu fordern? Wir wußten, daß wir im Besitze unseres ganzen Rechtes, unserer vollen Freiheit waren und alle Konsequenzen wurden, als sich von selbst verstehend, angenommen. Wir wußten, daß das alte Staatssystem zertrümmert war, denn seine beiden Hauptstützen, Militär und Polizei, hatten sich in den Augenblicken der Volkserhebung physisch oder moralisch ohnmächtig gezeigt. Wir wußten, daß das alte Band zwischen Krone und Volk zerriß, daß das Volk war aus seiner Unterwürfigkeit herausgetreten, es stand als eine berechnete Macht, deren Anerkennung damals über jeden Zweifel erhaben war, der Krone gegenüber. Sollten beide, Krone und Volk, wieder zu einer organischen Einheit sich verbinden, so gab es keine verbindenden Glieder, welche das neu zu gründende Verhältniß an das alte hätten anknüpfen können. Es hatte früher nur einen Willen im Staate gegeben und jetzt standen zwei einander gegenüber. War dieser zweite Wille aus dem erstern organisch erwachsen? Nein, er war einfach aufgetreten und hatte durch sein Dasein zugleich sein Recht dokumentirt. Die Revolution war seine Mutter. Jetzt allerdings konnte man an Transaction denken. Aber ehe die Transaction möglich wurde, mußte die Revolution vorhergegangen sein, denn mit wem sollte der Alleinberechnete transigiren? Das hat Herr Camphausen nicht wissen wollen, als er die Revolution leugnete und nur eine Transaction anerkennen wollte. In den Urwahlen, welche das den Volkswillen vertretende Organ schaffen sollten, lag ebenfalls der Beweis, daß die Regierung es zum ersten Male mit dem Volke, und zwar dem ganzen Volke zu thun hatte. Die neue Verfassung konnte nicht von den alten angeblichen Organen des Volkes geschaffen werden, man mußte auch hier alle Brücken mit der Vergangenheit abbrechen, man mußte die neu und plötzlich aufgetretene Macht vollständig anerkennen, und die Versammlung, mit welcher die Transaction stattfinden sollte, organisch aus dem ganzen Volke entstehen lassen. Das Spiel mit dem Landtage blieb eben nur ein Spiel, denn die Urwahlen hätten stattfinden müssen, auch wenn der ganze Landtag einstimmig dagegen gewesen wäre.

So also war damals das Dasein der Revolution und des in ihr errungenen Rechtes, es war das Bewußtsein, daß wir einen völlig neuen Boden betreten, das staatliche Leben von Grund auf neu aufbauen mußten, außer allem Zweifel. Der eine alle Gemüther beherrschende Geist der neuen Freiheit, das freudige Ergreifen aller Folgerungen des neu erkämpften Prinzips der Volksberechnung ließ auch keine Frage darüber aufkommen, ob denn auch die Berliner wirklich im Sinne des ganzen Volkes gehandelt, als sie durch ihr todesmuthiges Auftreten allen Halbheiten und Zögerungen des alten Gnaden- und Bevormundungs-Systemes

ein rasches Ende machten. Wir hatten keine Zeit zu solchen Grübeleien. Wir stürzten uns in den freigeordneten Raum mit Jubel hinein, um die Errungenschaften zu ergreifen, welche der Berliner Kampf uns zugänglich gemacht hatte. Die ganze Presse, die ganze öffentliche Meinung setzte die Revolution fort, indem sie sich an die Grundsätze der Volksfreiheit und Volksberechnung anklammerte, welche die Revolution mit unumstößlicher Gewißheit in die Herzen gepflanzt hatte, und auf ihnen, als auf einem festen Grunde, die Gebäude neuer Hoffnungen und Entwürfe baute. Das gewaltig aufbrausende neue Leben der Freiheit hat damals nicht in den Paragraphen des Landrechts die Grenzen für seine Berechnung gesucht, man hat ohne Weiteres die Fesseln früherer Gesetze abgestreift, wenn sie den neuen Prinzipien entgegen waren. Es war, man mag sagen was man will, doch immer nur ein provisorischer Zustand, eine bedingte Fügsamkeit unter die alten Gesetze. Es war ein durchgreifender Widerspruch zwischen formellem und materiellem Rechte, ein so mächtiges Ueberwiegen des Letztern, daß es die Form oft sprengte. Ein solcher Zustand aber ist immer der Grund und der Begleiter von Revolutionen.

Wie lebendig nun aber auch das Gefühl dieses Widerspruches sein möchte, wie eifrig man auch nach den Früchten der Revolution griff, wie rasch man sich auch in ihre Prinzipien hineinlebte: immer war der Volkswille gleichsam nur instinktarig aus zahlreichen Symptomen zu erkennen und selbst der Bruch mit dem alten System war nur aus tausend Einzelheiten herauszufühlen. Alle Kundgebungen waren ungeordnet und vereinzelt, und so standen zuletzt auch die Berliner mit ihrem Kampfe vereinzelt da, vielfach gepriesen, aber auch schon genug verlästert. Objektiv hatte sich der Gesamtwille des Volkes noch nicht darstellen können, und man konnte vielleicht noch zweifeln, ob der frühere unbedingte Gehorsam, die Ergebung in die frühere Rechtfertigung oder das Bewußtsein des eigenen unauferlichen Rechtes und der feste Wille, es zu wahren, im Gesamtvolk das Uebergewicht habe. Man konnte zweifeln, sagen wir, weil man das Gegentheil nicht mit Zahlen beweisen, weil man sich nur auf das allgemeine Bewußtsein berufen konnte.

Da tritt die Nationalversammlung zusammen. Sie soll den Volkswillen in seiner Einheit darstellen. Von ihr erwarteten wir zu wissen, auf welchem Boden gegenwärtig das preussische Volk steht, ob auf dem der Revolution, d. h. auf eigenem Rechte, oder auf einem ihm gnädigst eingeräumten Plätzchen des alten Rechtsbodens. Sie sollte dem Zustande der Unklarheit und Ungewißheit ein Ende machen, sie sollte die Revolution dadurch beendigen, daß sie das ungeordnete Drängen der Strömungen der Volksmeinung in ein einziges Bett leitete und den Gang von Anfang an bestimmt vorzeichnete, den unsere Entwicklung nehmen sollte. Das Volk wollte und mußte endlich wissen, woran es war. Die Nationalversammlung hat es ihm nicht gesagt, und darum drängt und gährt es noch im Volke von Hoffnungen und Befürchtungen, und darum kreuzen sich noch tausend Meinungen und mangelt Vertrauen und Ordnung.

Die übrigen Gründe, womit man diese scheue Zurückhaltung zu rechtfertigen suchte, prüfen wir in einem nächsten Artikel.

Preußen.

Berlin, 13. Juni. [Amtliche Mittheilungen des Staats-Anzeigers.] Des Königs Majestät haben der Stadt Breslau die Errichtung einer städtischen Bank zu gestatten und das durch die Gesessammlung zur Publikation gelangende Statut dieser Bank unterm 10ten d. M. zu bestätigen geruht.

Der Staatskasse ist bisher aus der Anwendung des Pensions-Regulativs vom 30. April 1825 eine sehr bedeutende Ausgabe erwachsen. Zwar ist für die Pensionszahlungen durch Einziehung der Pensionsbeiträge ein erheblicher Zuschuß gewonnen, dadurch aber noch nicht der fünfte Theil des Bedürfnisses an Pensionen gedeckt worden. Einen erheblichen Antheil an der Größe der Pensions-Ausgaben hat das bisher beobachtete Verfahren, wonach die vollen Dienst-Einnahmen der höheren Beamten als pensionsberechtigendes Gehalt angesehen worden, während es eine Thatsache ist, daß solche Beamte zu vielfachen Ausgaben genöthigt sind, welche nur der dienstlichen Stellung wegen gemacht werden müssen. Der zur Befriedigung solcher Ansprüche gewährte Theil des Dienst-Einkommens wird zu demjenigen Einkommen, von welchem der Beamte beim Ausscheiden aus dem Dienste zu pensioniren ist, nicht zu rechnen sein. Wie sind des Dafürhaltens, daß nur derjenige Theil der bisherigen Gehälter der Pensionsberechnung zum Grunde zu legen ist, welcher des eigentlichen Lebensunterhalts wegen nöthig ist und deshalb gegeben wird. Bei künftiger Regulirung der Verhältnisse der Beamten und der Personal-Etats wird dieser Umstand besonders ins Auge gefaßt werden, auch wird das bestehende Pensions-Regulativ, um dasselbe mit jener Regulirung der Besoldungs-Verhältnisse in Uebereinstimmung zu bringen, einer Revision unterworfen werden. Wir fühlen uns indessen verpflichtet, die Beseitigung bestehender Mißverhältnisse schon jetzt anzubahnen und der Staatskasse durch eine provisorische Maßregel diejenigen Ersparnisse zuzuführen, welche so gleich ausführbar erscheinen. Der eben gedachte Umstand bildet ein solches Mißverhältnis, dessen Abstellung durch Festsetzung eines Maximums des pensionsberechtigenden Einkommens zulässig erscheint, ohne vorläufig eine Abänderung anderer Bestimmungen des Pensions-Regulativs nöthig zu machen. Bisher war nämlich bereits ein Maximum des Pensionsbeitrags und ein Maximum der Pension festgesetzt. Ferner waren diejenigen persönlichen Zulagen, welche Beamte über die bestehenden Normalgehaltssätze hinaus bezogen, bereits pensionsbeitragspflichtig, ohne daß von diesen Gehaltszweilen eine Pension gefordert werden durfte. Es stand daher jetzt schon die Höhe der Pension nicht immer mit dem bezahlten Pensionsbeitrage und dem gehabten Dienst-Einkommen im unbedingten Zusammenhange. Wir halten es daher zulässig, daß diese Maßregel erweitert werde. — In dem wir daher die wegen Pensionirung der Civilbeamten und der nicht zum stehenden Heere gehörenden Militärbeamten bestehenden Vorschriften vorläufig beizubehalten kein Bedenken tragen und deshalb auch ferner von dem nicht pensionsberechtigenden Theile des Dienst-Einkommens die Beiträge in grundsätzlicher Art forterheben lassen wollen, glauben wir uns doch der Nothwendigkeit nicht entziehen zu dürfen, das Maximum desjenigen Gehalts, welches im Civildienste mit dem Rechte des künftigen Pensions-Anspruchs bezogen werden kann, auf den Normalbetrag von 4000 Rthlr. anzunehmen und das Mehr-Einkommen, welches gewährt wird, als eine persönliche Zulage des Inhabers der Stelle zu bezeichnen, welche wegen des mit der höheren Dienststellung verbundenen mehrfachen Aufwandes gewährt wird. — Bei Er. königl. Majestät tragen wir ehrsüchtig darauf an: diesen Grundsatz auf die fortan zu bewilligenden Civilpensionen anwenden zu lassen. Einen gleichen Vorschlag wegen der Pensionen für das stehende Heer wird der mitunterzeichnete Kriegs-Minister unverweilt vorlegen.

Berlin, den 31. Mai 1848.

Das Staats-Ministerium.

Camphausen. Graf von Schwerin. von Auerswald. Bornemann. von Arnim. Hansemann. Graf von Kanig. von Patow.

An des Königs Majestät.

Im Einverständnis mit dem Antrage des Staats-Ministeriums vom 31ten v. M. bestimme Ich hierdurch, daß die wegen Pensionirung der Civil- und der nicht zum stehenden Heere gehörigen Militär-Beamten bestehenden Vorschriften beibehalten, daß jedoch das Maximum desjenigen Gehalts, welches mit dem Rechte des künftigen Pensions-Anspruchs im Civildienste bezogen werden kann, auf den Normalbetrag von Vier-tausend Thalern angenommen werde.

Sanssouci, den 10. Juni 1848.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

(contrafirmirt.) Camphausen. Graf von Schwerin. von Auerswald. Bornemann. von Arnim. Hansemann. Graf von Kanig. von Patow.

An das Staats-Ministerium.

Durch die Verordnung vom 28. Juni 1825 (Gesessammlung Seite 163 ff.) werden die Vergütungen bestimmt, welche den Beamten für ihre Dienstreisen zustehen. Dabei ist von der Voraussetzung ausgegangen,

daß die Dienstreisen mit der Post oder gemiethetem Fuhrwerk genüchert werden müssen. Diese Voraussetzung trifft bei dem erweiterten Verkehr der Dampfschiffe und Eisenbahnen längst nicht mehr zu, vielmehr wird ein großer Theil der Dienstreisen mit diesen Beförderungsmitteln zurückgelegt. Hierdurch sind die Bestimmungen über die Reisekosten mit den jetzt ermäßigten wirklichen Ausgaben in ein Mißverhältnis gerathen, welches mit Rücksicht auf die dadurch im Staatshaushalt zu erzielende Ersparniß der schleunigen Ausgleichung bedarf. Werden aber die Fuhrkosten auf das nothwendigste Maß beschränkt, so kann eine angemessene Erhöhung der Tagesgelder auf Dienstreisen nicht versagt werden, da dieselben für die größte Zahl der Beamtenklassen unzureichend sind. Eine durchgreifende Revision der gedachten Verordnung wird sich aber nur erst dann bewirken lassen, wenn die Einrichtung der Behörden und das Verhältniß der Beamten neu geregelt sein werden. Wir beschränken uns deshalb für jetzt darauf, Er. königl. Majestät den anliegenden Erlaß wegen Ermäßigung der Fuhrkostenätze und Erhöhung der Diäten vorzulegen. — Dieser Erlaß bezieht sich bereits auf diejenigen Militär-Beamten, welchen ein bestimmter Militär-Rang nicht beigelegt ist; durch einen Er. k. l. Majestät weiterhin noch vorzulegenden Befehl beabsichtigt der mitunterzeichnete Kriegs-Minister die Einrichtung vorzuschlagen, daß nach Maßgabe dieser Bestimmungen auch die Vergütungen bei Reisen der dem stehenden Heere angehörigen Personen geregelt werden.

Berlin, den 29. Mai 1848.

Das Staats-Ministerium.

Camphausen. Graf v. Schwerin. v. Auerswald. Bornemann. v. Arnim. Hansemann. Graf v. Kanig. v. Patow.

Zur Herbeiführung einer Ersparniß im Staatshaushalte, und da die Verordnung wegen Vergütung der Diäten und Reisekosten für kommissarische Geschäfte in königlichen Dienst-Angelegenheiten vom 28. Juni 1825 (Gesess. S. 163) den veränderten Verhältnissen nicht mehr entspricht, bestimme Ich hierdurch für Civil-Beamte und diejenigen Militär-Beamten, welchen ein bestimmter Militär-Rang nicht beigelegt ist, auf den Antrag des Staats-Ministeriums, was folgt:

§ 1.

1) Bei Dienstreisen, welche auf Eisenbahnen oder auf Dampfschiffen gemacht werden können, sind an Reisekosten, einschließlic des Gepäck-Transports, zu vergüten

- a) den Beamten der ersten fünf Rangklassen . . . 10 Sgr. — Pf.
- b) allen Beamten geringeren Ranges mit Ausschluß der Unterbeamten . . . 7 Sgr. 6 Pf.
- c) den Unterbeamten . . . 5 — — auf die Meile.

2) Außerdem soll auf Nebenkosten, welche beim Zugehen zur Eisenbahn und beim Abgehen von derselben vorkommen, für jedes Zu- und Abgehen zusammen eine Entschädigung gewährt werden, welche

- für die Beamten unter 1a. auf 20 Sgr.
- für die Beamten unter 1b. auf 15 Sgr. und
- für die Unterbeamten unter 1c. auf 10 Sgr. bestimmt wird.

3) Geht die Dienstreise eines Beamten der 5 ersten Rangklassen über den Ort, wo derselbe die Eisenbahn verläßt, mehr als zwei Post-Stationen hinaus, so kann der Beamte, wenn er zu der Weiterreise einen Wagen auf der Eisenbahn mitgenommen hat, die Kosten für den Transport desselben nach den Sätzen des Eisenbahn-Tarifs, und außerdem für das Hin- und Zurückschaffen des Wagens zusammen 1 Rthl. 15 Sgr. berechnen.

4) Hat einer der unter 1 a) genannten Beamten einen Diener auf der Reise mitgenommen, so ist er befugt, dafür 5 Sgr. auf die Meile zu liquidiren.

§ 2.

1) Bei Dienstreisen, welche nicht auf Eisenbahnen zurückgelegt werden können, erhalten

- a) Beamte der ersten, zweiten und dritten Rangklasse . . . 1 Rthl. 15 Sgr.
- b) Beamte der vierten und fünften Rangklasse . . . 1 — —
- c) Alle übrigen Beamten . . . 15 — — auf die Meile.

2) Haben in besonderen Fällen erweislich größere Fuhrkosten, als die vorstehend bestimmten, aufgewendet werden müssen, so sind dieselben zu vergüten.

§ 3.

1) Bei Vergütung der in den §§ 1 und 2 bestimmten Sätze wird jede angefangene Viertelmeile für eine volle Viertelmeile gerechnet.

2) Bei Dienstreisen von mehr als einer Viertelmeile, aber weniger als einer ganzen Meile, sind die Reisekosten nach einer vollen Meile zu berechnen.

3. Für Geschäfte außerhalb des Wohnortes in geringerer Entfernung als einer Viertelmeile werden weder Reisekosten noch Diäten gewährt.

§ 4.

Bei Verletzungen können verheirathete Beamte, wenn sie auf Reisekosten, nicht aber auf eine Umzugs-Entschädigung Anspruch haben, die Reisekosten in jedem Falle nach § 2 liquidiren.

§ 5.

Die durch die Verordnung vom 28. Juni 1825 oder durch spätere ergänzende Vorschriften bestimmten Tagesgelder werden bei den Sätzen von 2 Rthl. und weniger dergestalt erhöht, daß

2 Rthl. 15 Sgr.	statt 2 Rthl.	— Sgr.
2	—	1 15
1	20	1 10
1	10	1 —
1	—	— 20
—	20	— 15
—	15	— 10

zu gewähren sind.

§ 6.

Der gegenwärtige Erlaß tritt mit dem 1. Juli c. in Kraft, und werden die denselben entgegenstehenden Bestimmungen, insbesondere der den Verhältnissen nicht mehr entsprechende § 7 der Verordnung vom 28. Juni 1825, außer Anwendung gesetzt.

Sanssouci, den 10. Juni 1848.

(Gez.) Friedrich Wilhelm.

(Gez.) Camphausen. Hansemann.

An das Staatsministerium.

Dem Mechaniker Julius Zucker zu Freiburg in Schlesien ist unter dem 6. Juni 1848 ein Patent auf eine Maschine zum Zerschneiden von Rinde für den Gebrauch der Gerber und zum Zerklümmern von Rüben, Kartoffeln zc. behufs der Viehfütterung, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammenfassung, und ohne jemand in der Anwendung von bekannten Theilen derselben zu beschränken, auf 5 Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden. — Dem Pianoforte-Fabrikanten Jacob Eck zu Köln ist unter dem 8. Juni 1848 ein Patent auf eine Mechanik für Pianofortes, so weit dieselbe nach Zeichnung, Beschreibung und Modell für neu und eigenthümlich erkannt ist, auf 5 Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Hier ist folgende Bekanntmachung erlassen worden:

„Am die Sitzungen der National-Versammlung gegen Störungen zu sichern, erscheint es nothwendig, das Ansameln und Verweilen größerer Menschenmassen in der Nähe des Sitzungs-Lokals zu verhindern. — Es kann daher an den Sitzungstagen während der Dauer der Beratungen der Nationalversammlung in den nächsten Umgebungen der Sing-Akademie dem Publikum das Zusammentreten und Verweilen in größerer Menge überhaupt nicht mehr gestattet werden. — Auch an anderen Orten und zu anderen Zeiten sind größere Anhäufungen des Publikums auf den Straßen und öffentlichen Plätzen der Stadt unstatthaft, sobald sie die Freiheit des Verkehrs oder sonst die öffentliche Ordnung beeinträchtigen. — Finden nichtobstoweniger solche Ansammlungen statt, so wird die Bürgerwehr, wenn nach zweimaliger Aufforderung des Befehlshabers die Menge nicht auseinander geht, auf Grund der Verordnung vom 19. April c. einschreiten, und die bei dieser Gelegenheit zu verhaftenden Personen dem Gericht zur Bestrafung überweisen.“

Berlin, den 10. Juni 1848.

Das interimistische Kommando der Bürgerwehr.

Blesson.
Der Polizei-Präsident.
v. Minutoli.

(Amtliche Berichtigung.) Zur Steuer der Wahrheit halte ich mich dem Publikum gegenüber für verpflichtet, hinsichtlich des in Nr. 134 der Berl. Stg.-Halle unter Bezeichnung „die Exminister in Potsdam“ befindlichen Artikels hiermit zu erklären, daß derselbe durchaus unwahr ist, da die genannten Minister Eichhorn, v. Schie und Gr. Stolberg während der ganzen Zeit des jetzigen Aufenthalts des königlichen Hofes zu Potsdam und Sanssouci weder von des Königs Majestät zur Tafel gezogen wurden, noch überhaupt ihren Aufenthalt in Potsdam haben; eben so unbegründet ist die Angabe, daß der Graf Stolberg mit dem Prinzen von Preußen, königl. Hoheit, in Potsdam eingetroffen sein soll. — Potsdam, 11. Juni 1840. (gez.) Gr. Keller, Hof-Marschall Sr. Maj. des Königs.

⊠ Berlin, 13. Juni. [Berlin in Erwartung.

— Polen. — Borse.] Berlin hat heute keine Ereignisse, nur Erwartungen. Man erwartet mit Spannung die Anträge und Berichte in der morgenden Sitzung der constituirenden Versammlung, die definitiven Ablehnungserklärungen der mißliebigen Abgeordneten Bauer und Sydow, die Berathung des Adress-entwurfs und endlich das Verhalten unserer Bürgerwehr gegenüber der ihr zur Ausführung überlassenen Anordnungen der Behörden. Zur Erhaltung der Sicherheit der Kammer hat man diejenigen Kompagnien gewählt, bei denen ein Widerspruch gegen das Commando nicht vorausgesetzt wird. Von allen übrigen Kompagnien sind je ein Zugführer und 10 Mann in den Bezirken konfirmirt, um nöthigenfalls sogleich unter den Waffen und bei der Hand zu sein. Zugleich hat der interimistische Commandeur der Bürgerwehr Major Blesson gemeinschaftlich mit dem Polizeipräsidenten v. Minutoli unter der Androhung bewaffneten Einschreitens alle Zusammenrottungen in der Umgebung der Singakademie und an andern Orten, an welchen eine Hemmung des Verkehrs zu besorgen stehe, durch Placat untersagt. (S. oben.) — Ein anonpmer Anschlag, den man wie alle nicht mit dem Namen allgemein bekannter Personen oder Vereine unterzeichnete Flugblätter sofort den Be-

Hörben oder der „Reaction“ zuschreibt, ist wenig geeignet, die Aufregung zu beschwichtigen. Hier hat sich ein „Verein zur Wahrung der Rechte und Interessen der Provinzen“ unterzeichnet, von dessen Existenz bis jetzt kein Mensch etwas gehört hat. Er fordert die Provinzen zu Forderungen an die Bürgerschaft bestimmt auf, welche diese nicht anders als zeigen und erbittern können. — Mit den gestrigen und heutigen Leipziger Bahnzügen ist eine bedeutende Menge Polen aus dem Westen hier angekommen. — Das Geschäft an der Börse war heute matt, die Course niedrig. —

Berlin, 13. Juni Abends. [In der Luft schwebendes Gerücht.] Ich beuge mich auf den Bahnhof, um Ihnen zu melden, daß, nach einer in sonst vorsichtigen Kreisen verbreiteten Sage, eine neue Bewegung in Paris ausgebrochen sei und Thiers und L. Bonaparte (d. h. die Verschmelzung der Bourgeoisie mit dem nach Innen wenigstens gemäßigten napoleonischen Republikanismus) an die Spitze der Regierung getreten wären. Referent erklärt ausdrücklich, daß er die Zuverlässigkeit dieser Nachricht nicht verbürgt; er hält es aber für Pflicht, sie mitzutheilen, da jedenfalls eine genaues Studium der jetzigen französischen Verhältnisse darauf hinweist, daß etwas Aehnliches in der Luft hängt.

Berlin, 10. Juni. [General-Versammlungen einiger Eisenbahn-Gesellschaften.] In Magdeburg soll man bei der Magdeburg-Wittenberger Gesellschaft die Direktion solcher Unregelmäßigkeiten bei der Abstimmung überführt haben, daß die Actionaire wohl einsehen mochten, wie sie ihre Kapitalien der Willkühr einzelner Sonderinteressen preisgeben haben. Auch die Potsdam-Magdeburger General-Versammlung bot kein erfreuliches Bild dar, die Verhältnisse dieser Bahn sind — wenigleich das Unternehmen selbst nicht schlecht ist — durch die seitherige Verwaltung dergestalt geschwächt, daß eine neue Emission von Prioritäts-Actien beschlossen werden mußte. Es ist in der That nicht vorauszu sehen, wohin die Eisenbahnen gelangen, wenn nicht durchgreifende Maßregeln getroffen werden, um deren Verwaltungen größere Garantien zu geben. Von der rheinischen Gesellschaft erfahren wir, daß die Stamm-Actionaire diesmal keine Zinsen erhalten können, obgleich die Einnahmen sich bedeutend vermehrt haben.

(Berl. Börsen-Bericht.)

[Urwähler und Wahlmänner bilden einen Verein.] Am Sonnabend den 10. Juni versammelten sich im Lokal des Urania-Theaters mehrere hundert Urwähler und Wahlmänner des dritten größeren Wahlbezirks für Berlin, um einen Verein für diesen Wahlbezirk zu gründen. Der Kammergerichts-Präsident v. Strampff leitete die Sitzung mit einer Rede ein, in der er das Bedürfnis und den Standpunkt einer solchen Verbindung entwickelte und unter allgemeiner Zustimmung den Akt der Konstitution vornahm. Der Vorsitz wurde für die nächsten 4 Wochen dem Prof. Hg. Benary übertragen, in das Comité wurden die Herren Bisky, Bloch, Gensmer, v. Strampff, Streber, v. Rönne, Palmié, Galli, Volkmar gewählt. Nachdem v. Strampff eine Verbindung des Vereins mit dem Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen beantragt hatte und hierzu eine Commission beliebt war, referirte der in diesem Bezirke gewählte Abgeordnete Behrens unter stürmischem Beifall über die Thätigkeit der National-Versammlung in der letzten Woche. Er hob namentlich die Thätigkeit in den Abtheilungen hervor, stellte die halbige Vorlegung des Adressentwurfs und die Ernennung einer Kommission zur Untersuchung der Pöfener Verhältnisse in Aussicht und berührte die Abstimmung über seinen Antrag auf Anerkennung der Revolution, indem er die Hoffnung aussprach, die Versammlung werde binnen Kurzem Gelegenheit finden, sich über das Prinzip der Volkssouveränität unmittelbar zu entscheiden. Hiernächst begründete Hr. Streber einen Antrag, den in diesem Wahlbezirke gewählten Geheimrath Bauer über seine Nichtbetheiligung bei dem Zuge nach dem Friedrichshain und über seine Abstimmung gegen den Behrens'schen Antrag zu interpelliren und falls er sich nicht rechtfertigen könne, ihm das Mißtrauen der Wähler zu erkennen zu geben. Der Redner führte zur Begründung des Antrags aus, daß die Anerkennung der Volkssouveränität an der Spitze der National-Versammlung übertragenen Thätigkeit stehe und dies Prinzip durch die Revolution vom 18ten und 19ten März hergestellt sei. Es solle hier dahingestellt bleiben, welche Ueberzeugungen ein auswärtiger Deputirter hierüber habe: bei einem in Berlin erwählten Abgeordneten könne aber die Wählerschaft nur die Voraussetzung gehabt haben, daß er die Revolution und Volkssouveränität anerkennen werde. Dazu habe Herr Bauer eine zweifache Gelegenheit verstreichen lassen, den Zug nach dem Friedrichshain, als eine Anerkennung des Herzens, die Abstimmung über den Behrens'schen Antrag als eine Anerkennung des Verstandes. Es sei anzunehmen, daß er beides negire. Er müsse sich hierüber rechtfertigen. Könne er dies nicht, so sei anzunehmen, daß er das Vertrauen seiner Wähler nicht

habe. Obgleich mit keinem speziellen Mandate versehen, sei dennoch nach demokratischen Grundsätzen — auf der breitesten Grundlage, — der Abgeordnete nur der Ausdruck der Ueberzeugungen seiner Wähler; darauf sei das Vertrauen derselben gerichtet, darauf die Vollmacht, die ihm — durch direkte oder indirekte — Wahl ertheilt werde. Er sei kein Souverain seiner Wähler, der beliebig seinen Willen an die Stelle des ihrigen setzen könne. Wenn sich daher wesentliche Widersprüche zwischen beiden herausstellten, so bedinge die Natur der Sache und die Ehrenhaftigkeit des Abgeordneten, daß er sein Mandat zurückgäbe. Sehe man ihn auch als Vertreter des Volks und nicht einer einzelnen Wählerschaft an, so müsse er um so mehr die Rechte des Volks vertheidigen, mithin dessen Souveränität. Hierin seien wohl die verschiedensten Gesinnungen der Wähler einig gewesen, denn man dürfe nicht erwarten, daß eine Partei derselben den Berath am Volke für möglich gehalten habe. — Ueberdies sei der beantragte Schritt nicht nur gerecht, sondern auch nützlich, denn er werde dazu dienen, um die unleugbar vorhandene Aufregung zu beschwichtigen, wenn die Wähler selbst die Sache in die Hand nähmen. Der Antrag ging gegen nur zwei Stimmen unter dem lebhaftesten Beifall durch und eben so der fernere Vorschlag, Hr. Bauer sofort um sein Erscheinen anzugehn. Dies geschah durch eine Deputation, der indes Hr. Bauer eine ablehnende Antwort gab. Es wurde demnach beschlossen, die Wähler und Wahlmännern des Bezirks auf Mittwoch Abend zur weiteren Verhandlung zu convociren. Zu dieser soll auch Hr. Bauer eingeladen werden. Einige Anträge von geringerer Bedeutung füllten den Rest des Abends aus. (3. 5.)

Koblenz, 9. Juni. [Unzufriedenheit der Geistlichkeit mit der Diözesan-Verwaltung.] Schon seit langer Zeit ist über große Unzufriedenheit des Klus der kölnischen Erzdiözese mit der Diözesan-Verwaltung die Rede gewesen. Wie weit diese Unzufriedenheit gediehen, und wie wohlbegründet dieselbe sein muß, zeigt selbst der Mainzer „Katholik“, indem derselbe in Nr. 57 einen Correspondenzartikel aus Düsseldorf mittheilt, welcher berichtet, daß die dortige Geistlichkeit unter dem Präsidium des Pfarrers Dr. Winterim zusammgetreten sei und eine Eingabe an den Herrn Erzbischof von Köln entworfen und eingesandt habe, worin es sich „um eine totale Umgestaltung verschiedener Hauptmomente der kirchlichen Verwaltung“ handle.

Krieg mit Dänemark

— Aus dem Schleswig-Holsteinischen, 10. Juni. Die deutschen Streitkräfte liegen theils im Sundewitt'schen, theils in Apenrade und Hadersleben. General Müllendorf und das tapfere neuereingete von der Tann'sche Freikorps haben Hadersleben besetzt. Im Apenrader Hafen halten sich noch immer einige Kanonenböte auf, welche durch ihre Drohungen die Bewohner in fortwährender Angst erhalten. Die Erstürmung der um die Düppeler Höhe aufgerichteten festen Schanzen hat müssen vorläufig, wegen Mangel an Geschütz von schwerem Kaliber, aufgegeben werden; obgleich das Gros der dänischen Armee sich nach Aisen und Fühnen übergeschifft hat, so hat doch noch eine große dänische Truppenabtheilung mit schwerem Feldgeschütz die Düppeler Höhe inne. 3 Batterien und 1200 Mann werden von Hannover, wahrscheinlich schon morgen, zur Verstärkung geschickt; man sieht noch mehrseitigen Verstärkungen entgegen, vorzüglich von Preußen. (Auch ein bedeutendes Corps Oldenburger ist unterwegs.) Dann wird unser Waffenruhm durch neue von Wrangel entworfene Kriegsoperationen noch viel zu thun bekommen. Mit der größten Begeisterung hat man hier die Schritte des internationalen Ausschusses, respektive den Antrag, welcher die Untertrenntheit der Herzogthümer Schleswig und Holstein ausspricht, aufgenommen, und da man es in Frankfurt mit unserer Sache ernst meint, wird wohl bald hier etwas Entscheidendes geschehen. — Es geht so eben das Gerücht, daß der Oberbefehl über die Bundestruppen in die Hände des Prinzen von Preußen übergehen soll; man will es hier nicht recht glauben, daß Wrangel, nachdem er die Kastanien aus dem Feuer geholt, so den Oberbefehl, zumal die Soldaten sehr an ihm hängen, ohne Weiteres niederlegen wird. — Die beim letzten Treffen Schwerverwundeten hat man in Gravenstein gelassen, die Leichtverwundeten sind nach Flensburg und Altona (ungefähr 260) übersandt worden. Junge Aerzte, praktische Chirurgen fehlen hier. — Wie verlautet, sollen sechs russische Linienfahrer und eine Fregatte unter der Insel Möen, südwest segelnd, gesehen worden sein; die Fregatte hat man auch bei Bülk gesehen.

Bremerhaven, 11. Mai. Der elektromagnetische Telegraph meldet Folgendes: Der Ganze Det ist in Aufregung, der Generalmarsch wird geschlagen, alle Kanonen fertig, Soldaten auf dem Posten. Ein Bericht von Bremen an den kommandirenden Kapitän meldet, ein Kriegsschiff sei bei der Baale. (Brem. Zig.)

Stockholm, 7. Juni. Unsere Truppen sind noch nicht eingeschifft nach den dänischen Inseln und die offizielle Zeitung Post och Inrikes Tidningar spricht von einer Ueberfahrt eines Theils des Heeres als von einer noch nicht ausgemachten Eventualität. Sie sagt: Das Armeekorps in Schonen bleibt, wenn es nicht Befehl erhält, nach den dänischen Inseln zu gehen, unter General-Lieutenant Ceberström's Oberbefehl. (General Lesfrén würde die Truppen nach Dänemark führen.) — Die Küstungen werden fortgesetzt und noch immer Verlicitationen vom Kriegsdepartement ausgeschrieben. — Die Fregatten „Desirée“, „Götheborg“ und „Josephine“ haben ihre Besatzung erhalten und sind auf die Rhebe ausgelagt. Die Möstersfahrzeuge „Sustur“ und „Fendris“ werden rasch ausgerüstet. — Oeresundsposten meldet, daß das dänische Dampfschiff „Tiss“ Befehl erhalten, nach Gothenburg zu gehen und dort Truppen einzunehmen. Am 8. sollen drei Feldbatterien in Landskrona eintreffen. Das zweite Leibbataillon ist in Malmö angekommen. — Der König ist Sonnabend nach Malmö abgereist. — Die für die Abwesenheit des Königs gebildete Regentschaft ist heute zusammen getreten. Königliche Bekanntmachungen haben sie am 5. proklamirt.

Deutschland.

Frankfurt, 10. Juni. [Pfungstferien der Nationalversammlung.] Die Linke will sich mit den Demokraten in Offenbach nicht vereinigen. Die National-Versammlung hält ihre nächste 16. Sitzung erst am nächsten Mittwoch den 14. d. Viele Mitglieder benutzen die viertägigen Ferien zu einem Ausfluge an den Rhein. Der Umstand, daß die Linke einen gemeinschaftlichen Ausflug nach der Rheinpfalz heute antritt, spricht dafür, daß sie sich an der demokratischen von Bayrhoffer in Marburg ausgeschriebenen Versammlung, die nun bei Offenbach stattfinden soll, nicht betheiligen wollen; die abenteuerlichsten Gerüchte sind aber über angelegentlich beabsichtigte Ruhestörungen an den Pfungstfeiertagen von außen her verbreitet, wodurch sich aber die Frankfurter nicht abhalten lassen werden, ihr Pfungstfest in gewohnter Heiterkeit zu begehen. — In der gestrigen Sitzung der National-Versammlung brachte die Linke zum erstenmale einen neulich gefaßten Beschluß in Anwendung: nämlich in allen wichtigen Fragen, in welchen sie unterliegt, namentliche Abstimmung zu verlangen. Dieses geschah gestern, als die National-Versammlung sich nicht die Ratification des mit Dänemark abzuschließenden Friedens vorbehalten wollte. (L. Z.)

Frankfurt, 10. Juni. [Bayrhoffer und sein Verein.] Nachdem Professor Bayrhoffer in Marburg und sein social-demokratischer Verein so viel von sich reden machen, ist es wohl interessant, zu erfahren, in wie weit die Einwohner Marburg's sich dabei betheiligen. So lange B. den Demokratismus nur im Auge hatte, gehörten diesem Vereine auch Leute an, deren Namen hier und auch zum Theil außerhalb von Gewicht sind. Nachdem B. aber sich auf den Socialismus geworfen, sind diese ausgestreten, und es verbleiben noch im Verein: Bayrhoffer, Ludolph, 8 Meister und circa 50 Arbeiter. (F. Z.)

München, 9. Juni. [Die Finanzen bessern sich.] Hier gestalten sich die Geldfragen für die Regierung täglich günstiger. Aus allen Gegenden des wohlhabenden Altbaierns gehen die befriedigendsten Nachrichten über die Bereitwilligkeit der Bauern ein, ihre Grundlasten durch Kauf nach den Bestimmungen der neuen Ablösungsgesetzes abzulösen. Man tödtet zwar im eigentlichen Sinne des Wortes die Henne mit den goldenen Eiern, aber man bekommt doch das, was dormalen zuvörderst Noth thut, Geld und wieder Geld. Der Militäraufwand beträgt bereits monatlich gegen 900,000 Fl., übersteigt also das Jahresmilitärbudget um circa 4,000,000 Fl., aller übrigen Zahlungsanforderungen gar nicht zu gedenken, als z. B. der Entschädigungssummen an die Stiftungen für verlorengehende Renten u. s. w. (L. Z.)

München, 10. Juni. [Beabsichtigte Feier des Sieges über die österreichischen Truppen. — Militärisches.] Ein hiesiges Lokblatt berichtet heute: „der sardinische Gesandte dahier wolle ein Fest geben, um den Sieg, welchen sein König über die österreichische Armee erfochten, würdig zu feiern.“ Diese Nachricht entbehrt hoffentlich alles Grundes, denn in einer deutschen Residenzstadt der Sieg über Truppen einer deutschen Regierung feiern zu wollen, wird wohl keinem auswärtigen Gesandten einfallen. — Der Pferde-Einkauf für die Armee wurde deshalb in Würzburg eingestellt, weil der Bedarf für die formationsmäßige Stärke bereits durch Aufwände dahier gedeckt ist. Uebrigens geht die Sage, daß die Errichtung der siebenten Eskadron bei den acht Kavallerie-Regimentern deswegen eingestellt wurde, weil man die Absicht habe, zwei Massen-Regimenter zu errichten. An die Formation des vierten Bataillons bei der Infanterie wird wohl kaum jezt gedacht werden, da die dritten Bataillons über 100 Kompagnien enthalten und diese noch nicht komplett sind. Deren Formation geht übrigens allenthalben

rasch vor sich, und die Bekleidung und Ausrüstung der Mannschafft beschäftigt viele Gewerbsleute.

(N. B. 3.)

Waldbut, 7. Juni. [Hecker zum Abgeordneten für Frankfurt gewählt.] Bei der heute in Thiengen vorgenommenen Wahl eines Abgeordneten zur deutschen Reichsversammlung ist mit 77 Stimmen gegen 56, welche auf Herrn Buhl fielen, Dr. Hecker erwählt worden.

(Karlstr. 3.)

Glauchau, 12. Juni. [Die Volks-Versammlung erklärt sich für ein Bündniß mit Frankreich und Amerika.] Gestern war in unserer Nähe eine Volks-Versammlung. Es hatten sich wohl 3000 Männer zusammengesunden. Unter dem Vorstehe des Bürgermeisters Fink zu Crimnischau wurde nun zunächst der Antrag erörtert und zum Beschluß erhoben, daß eine Petition an die Reichs-Versammlung abgefordert werde, in welcher ein Schutz- und Trutzbündniß Deutschlands mit Frankreich und Nordamerika für heilsam und nothwendig erklärt, und die Reichs-Versammlung aufgefordert würde, die geeigneten Schritte zu thun, um zu einem solchen Bündniß zu gelangen. Hierauf wurde ferner beschlossen, an Robert Blum die Erklärung abgeben zu lassen, daß die Versammlung der von ihm und seinen Meinungsgegnern bekannt gemachten offenen Erklärung vollkommen beitrete. Ruhe und Ordnung wurden nicht einen Augenblick gestört.

(L. 3.)

Eisenach, 10. Juni. [Vorberathungen für den Kongreß der Studirenden.] Gestern Nachmittag um 4 Uhr wurden die Verhandlungen des vorbereitenden Ausschusses wieder aufgenommen. Nach fast zweistündiger lebhafter Verhandlung entschied sich die Versammlung für Festsetzung einer Tagesordnung. Es wurden folgende Punkte als Gegenstände der Berathung angenommen, die Redaktion derselben aber einer am Schlusse der Versammlung gewählten Kommission übertragen: „Die deutschen Universitäten sind Nationalanstalten mit alleiniger Abhängigkeit vom deutschen Reichstag und eigener Verwaltung. Das gesammte Vermögen der einzelnen Universitäten wird vom deutschen Gesamtstaat eingezogen, und dieser bestreitet ihre Bedürfnisse. Es wird eine Centralbehörde aus Vertretern der einzelnen Universitäten errichtet, die allein dem Reichstage verantwortlich ist. Die von der Centralbehörde angewiesenen Gelder werden durch selbstgewählte Beamte verwaltet, die der Centralbehörde und dem deutschen Reichstage verantwortlich sind. Die Wahl der akademischen Behörden und der Mitglieder der Centralbehörde geschieht auf Zeit, die der letzteren mit Theilnahme der Studirenden an der Wahl. Aufhebung aller Ausnahmengesetze seit 1819; Lehr- und Hörfreiheit; Aufhebung des Collegien- und Universitätszwanges; Aufhebung der einzelnen Fakultäten und mindestens der theologischen, unentgeltlicher Unterricht; Abschaffung der Ertheilung akademischer Grade und Würden für Geld, und Bestimmung, daß die Erlangung eines Staatsamts nicht von der vorhergegangenen Erlangung akademischer Würden abhängig sei; Wegfall der Inskriptions- und Ernennungsgebühren; Aufhebung, beziehentlich Reform der Universitätsgerichte; Theilnahme der Studirenden bei Besetzung der Lehrerstellen; sofortige Entfernung der Regierungsbevollmächtigten; Gewährung aller politischen Rechte an die Studirenden, soweit sie denselben nach den allgemeinen Gesetzen zustehen; Gründung einer allgemeinen deutschen Studentenschaft; Wiederholung der allgemeinen Studentenversammlungen; Gründung einer allgemeinen Studentenzeitung. (Diese Wünsche sollen theils in Form einer Petition, theils in Form einer Adresse dem Reichstage zu Frankfurt vorgelegt werden, theils Inhalt von Aufrufen an die sämmtlichen deutschen Universitäten sein.) Nach 10 Uhr Abends erst trennte sich die Versammlung, um heute Morgen um 10 Uhr die Redaktionskommission das endlich formulirte Programm vorlesen zu hören. Bis jetzt sind gegen 120 Studenten bei dem Anmeldeauschuss eingeschrieben, heute Nachmittag werden Hunderte von Ankömmlingen aus Jena, Halle, Berlin und Leipzig erwartet. Aus Wien sind 26 Studenten erschienen.

(D. U. 3.)

Rußland.

* Die Deutsche Allg. Z. enthält ein Raisonnement, welches darzuthun sucht, daß Preußen und das dahinter liegende Deutschland vorläufig von Rußland gar nichts zu fürchten habe, desto mehr aber Oesterreich, welches jetzt von den schwierigsten Verhältnissen darnieder gedrückt wird. Als Beweis führt das genannte Blatt die außerordentliche Ansammlung von russischen Truppen an der österreichischen resp. türkischen Grenze an. (Allerdings wird letzteres auch von österreichischen Blättern gemeldet.) — Nun wir meinen, Deutschland wird das deutsche Oesterreich gegen den nordischen Koloss, der für uns nichts Furchtbares hat, siegreich zu verteidigen wissen.

Folgende Nachricht der Berliner „Zeitungshalle“ scheint mit dem Vorstehenden in bedeutendem Widerspruch zu stehen. Das genannte Blatt meldet nämlich über einen Anmarsch der Russen gegen die preussische Grenze Folgendes: „Aus Kö-

nigsberg i. Pr., 11. Juni, berichtet unser Korrespondent: Wie mir so eben aus sicherer Quelle mitgetheilt wird, und zwar von einem Konsulats-Beamten, bewegen sich neuerdings 100,000 Mann Russen gegen das Großherzogthum Posen zu; die Garden konzentriren sich zirka 30 Meilen von der preussischen Grenze auf der Straße von Petersburg nach Warschau, und nach denselben Angaben dürfte sich die in Polen zusammengezogene mobile russische Macht auf 240,000 Mann belaufen. Ich darf behaupten, daß diese Angabe, trotz der vielen widersprechenden Gerüchte, die richtige ist.

Oesterreich.

Wien, 11. Juni. [Proklamation an die Arbeiter.] Das Ministerium des Innern hat mittelst Erlasses vom 10. Juni l. J. an den gefertigten Ausschuss erklärt: daß selbstständige Arbeiter, wenn sie das 24. Jahr zurückgelegt haben, und sich in der freien Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte befinden, in jenen Wahlbezirken, in welchen sie ihren bleibenden Wohnsitz haben, als Wähler auftreten dürfen. — Aus der hierüber von dem Ausschusse augenblicklich eingeholten Aufklärung des h. Ministeriums geht hervor, daß durch die obige Verfügung allen nicht in einem ordentlichen Dienstverhältnisse stehenden Arbeitern, mithin allen Gesellen, allen Handarbeitern und Werkleuten, welche in Fabriken, Manufakturen, bei öffentlichen oder Privatbauten, öffentlichen oder Privatarbeiten beschäftigt sind, ihr Stimmrecht und (nach § 32 des Wahlgesetzes) ihre Wählbarkeit für den konstituierenden Reichstag gesichert ist. — Der Ausschuss bezieht sich, den braven Arbeitern diese erfreuliche Nachricht schleunigst zur Kenntniß zu bringen. — Wien, 11. Juni 1848. — Vom Ausschusse der Bürger, Nationalgarde und Studenten für Ordnung und Sicherheit und Wahrung der Rechte des Volkes.

(Oesterr. Ztg.)

* [Weitere amtliche Mittheilungen.] Die Wiener Zeitung enthält eine Ansprache des Ministers Pillersdorf an das Volk, in welcher dargelegt wird, daß durchaus kein Grund zu Mißtrauen, Besorgniß und Furcht vorhanden sei. In Wien selbst seien die nöthigen Veranstaltungen getroffen, um die Ordnung und Ruhe aufrecht zu erhalten. Der äußere Friede sei, bis auf den ungerechten Angriff einiger (italienischen) Mächte, ungestört, und auch gegen letzteren würde die tapfere Armee Oesterreich schützen. Endlich sei die Lage des Staats und der Staatsmittel noch von der Art, daß der Staatskredit noch unerschüttert dastehe. Vor allem werde aber die bald zusammentretende konstituierende Versammlung auch noch den letzten Rest von Besorgniß beseitigen. — Der Bürger-Ausschuss macht bekannt, daß der Dr. und Professor Hye von der Anklage entbunden und in Freiheit gesetzt worden sei. — Das Landes-Präsidium zu Lemberg warnt ernstlich vor weiteren Versuchen, die Truppen zur Untreue zu verleiten.

[Kaiserliches Manifest] „An meine getreuen Niederösterreicher! Der Besuch bei meinen biederen und treu ergebenden Tirolern, deren Empfang mir unvergesslich bleiben wird, hat mir zugleich die erneuerten Beweise der Anhänglichkeit und Treue meiner Provinzen zugeführt. Ich habe solche bereits durch die ihren Abgesandten ertheilten aufrichtigen Versicherungen meiner Huld und Genogenheit erwiebert, will mich aber nicht darauf beschränken, sondern finde mich bewogen, mich durch gegenwärtiges Manifest noch bestimmter und lauter über meine Gefinnungen und Absichten auszusprechen. — Die dankbaren Gefühle meiner Völker für die, ihnen bereitwillig ertheilten freien Institutionen haben mich deren Werth erst recht erkennen lassen, und ich werde daher an solchen nicht weniger, als meine geliebten Völker selbst festhalten. Sie mögen bauen und vertrauen auf meinen unerschütterlichen Willen einer vollständigen Erfüllung meiner Verheißungen. — Allein noch ist das, von mir begründete Werk nicht vollbracht; es kann erst durch die kluge und kräftige Mitwirkung der Abgeordneten meines Reiches eine den allgemeinen Interessen entsprechende Wirklichkeit werden. — Ich bin zwar den Wünschen meiner Völker nach dem Antrage meiner verantwortlichen Räte mit den Grundregeln einer Verfassung entgegen gekommen, welche mir den Forderungen der Zeit und den Bedürfnissen der einzelnen Länder meines Kaiserreiches zu entsprechen schien. — Dabei war es aber nie meine Absicht, der überwiegenden Meinung meiner Völker Schranken setzen zu wollen, und um diese meine Gesinnung unzweideutig an den Tag zu legen, habe ich mich bewogen gefunden, den ersten Reichstag als einen konstituierenden zu erklären und seiner Natur gemäß die Wahlordnung abzuändern. — Diesen konstituierenden Reichstag will ich in meiner Residenzstadt Wien, wo bereits die nöthigen Vorbereitungen getroffen worden sind, eröffnen, wosfern daselbst Ruhe und Ordnung, Friede und Versöhnung in jenem Maße hergestellt und verbürgt sein werden, wodurch die zum Reichstag versammelten Abgeordneten bezüglich einer freien und ungehörten Berathung über die künftige Geseßgebung des Reichs vollkommen beruhigt sein können. — Dort hoffe ich diejenigen um mich für die höchsten Interessen des

Waterlandes vereinigt zu sehen, welche mir hieher ihre herzlichsten Huldigungen nachgesendet haben.

Innsbruck, den 6. Juni 1848.

Ferdinand m. p.

Wessenberg m. p.

Dobhoff m. p.

(Oesterr. Z.)

* **Wien, 13. Juni.** Wir haben, dem Himmel sei Dank! ruhige Pfingstfeiertage überlebt. Die Studenten feierten gestern ein Burschenfest, bei welchem eine Unzahl unserer lebenslustigen Nationalgarden erschien. Man zog zu Tausenden, indem sich die treuen Märiten, die Arbeiter auch dabei theilhaben wollten, in das romantisch gelegene Dörfchen Haimbach, allwo man sich auf Wienerische Art unterhielt. Es herrschte bei diesem Monstre-Verbrüderungsfest die größte Ruhe. — Besorglicher war man in diesen Tagen für die Aufrechterhaltung der Ruhe in Baden. Der bekannte radikale Häfner, Redakteur der Constitution, welchen die Arbeiter am 18. Mai wegen seiner Umtriebe aufknüpfen wollten, und den die Studenten durch die nämlichen Arbeiter am 26. Mai, Nachts, aus dem Kerker im Triumph abholen ließen, war in Baden eingetroffen, und es hieß, er sei beschäftigt, eine Proscriptionsliste aller Adelligen und Reichen, die sich nach Baden geflüchtet, zu verfertigen. Man kann sich denken, welchen Schrecken ein solches Gerücht verursachen mußte.

Innsbruck, 8. Juni. Heute Früh um 8 Uhr sind Ihre kaiserl. Hoheiten, die Erzherzoge Albrecht und Wilhelm, unvermuthet von der italienischen Armee hier eingetroffen. Von Gesandten haben wir die Ankunft des englischen und belgischen, welche bereits vorgestern, und des schwedischen, welcher gestern Abends hier eintraf, zu melden. — Auch ist bereits ein Theil der neuerlich angekündigten großen Wiener Deputation hier angelangt. Die übrigen erwartet man noch heute.

(Z. B.)

Aus Schlesien, 11. Mai. [Amtliche Umtriebe zur Verhinderung der Wahlen nach Frankfurt.] Auch im Troppauer Kreise l. l. Schlesiens hat es das Kreisamts-Präsidium in Folge höherer Weisung nicht an Hintertreibung der Wahlen für die Frankfurter Nationalversammlung fehlen lassen, indem dasselbe zwar unterm 5. Mai endlich die amtliche Auforderung und die Instruction zur Vornahme der Wahlen ausendete, gleichzeitig aber auch an jeden Amtsvorsteher die vertrauliche abgesondert sigillirte Weisung ergehen ließ: auf die Vornahme der Wahlen nicht zu dringen, sondern dieselben fallen zu lassen, wenn sich Stimmen dagegen erheben sollten. — Wir wissen von früher her, was solche im vertraulichen Dienstwege erlassene Instruktionen zu bedeuten haben. — Vor den Märztagen hätte es kein Amtsvorsteher gewagt, nach einer solchen Andeutung noch an die Vornahme dieser Wahlen zu schreiben, und wenn dieselben dennoch zu Stande kommen, so hat die Provinzial-Regierung dabei kein Verdienst, sondern ist dieses lediglich dem patriotischen österreichisch-deutschen Sinne der Bevölkerung und der untersten Organe der politischen Landesverwaltung (Wirtschaftämter und Magistrats) zuzuschreiben.

(Oesterr. Zt.)

SS Pesth, 10. Juni. [Zellachich ein Empörer. — Besorgniß vor den Czechen. — Militär-Reformen.] Gestern Nacht war beim Erzherzog Stephan ein 3stündiger Ministerrath. Gegenstand der Berathung waren die Nachrichten aus Ungarn, welche ein Courier überbrachte. Wie wir vorausgesehen, hat der Banus von Croatien FML. Zellachich den ausdrücklichen Befehlen des Königs keine Folge gegeben. Er ist nicht zu dem Könige gereist, sondern hat am 5. d. M. die gesegwidrig von ihm ausgeschriebene Landes-kongregation eröffnet und sich selbst mit ungeheurem Pompe als Banus vom Carlowitz serbischen Erz-bischof Rajacic installiren lassen. — Aus den slavischen Comitaten Nordungarns sind der Regierung Berichte zugekommen, welche die Besorgniß eines Einfalles der Czechen aussprechen. — Unser talentvolle Kriegsminister beschäftigt sich mit sehr durchgreifenden Reformen des Militärwesens in Ungarn. Er fordert heute alle sachverständigen Militärs auf ihm diesfällige Vorschläge einzureichen. Als Grundlagen der Reformen werden Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Nationalität bezeichnet. Nachschrift. Der Ministerrath trifft nun alle Anstalten, um mit den imposantesten Militärkräften gegen den verrätherischen Banus aufzutreten. Von Temesvar bis Warasdin wird ein Militärcordon gegen Croatien und die serbische Grenze gezogen werden. Es stehen gegenwärtig unserer Regierung circa 40,000 Mann zu Gebote, wobei die stets kampffertiger Gyzeller in Siebenbürgen nicht gerechnet sind. Man zweifelt hier übrigens nicht, daß der Banus vom reaktionären Hof gegen den Willen des Königs stimulirt wird. Die Hubsposten aus Italien und die riesenmäßigen Märsche der Ungarn dürften aber bald auch die Gar-marilla zur Verzweiflung bringen.

SS Pesth, 11. Juni. [Aufstand in Neufas und Großkikinda, Einfall aus Servien. — Wallachische und panslawistische Agitationen. — Das ungarische Ministerium.] Sehr allarmierende Nachrichten sind gestern aus dem Banat und der Militärgrenze eingelaufen. Die Serbier in Neufas und Großkikinda sind im Aufstande. 800 bewaffnete Serbier drängen aus Servien in das ungarische Gebiet und ein Theil des Genz-Bataillons, welches größtentheils aus Serbier besteht, soll ihnen zugesallen sein. Sie zogen plündernd über Semlin bis gegen Littel vor, mehrere Dampfschiffe wurden ausgeraubt. Von den Gariconstruppen in Peterwardein ist aber ein Bataillon gegen die Serbier ausgezogen und brachte durch Kartätschenfeuer Tod und Verderben unter sie. Außerordentlich ist bis jetzt nur der Aufstand in Neufas und Großkikinda, so wie auch ein kleiner Einfall aus Servien, das Uebrige bedarf noch der Bestätigung. Die ganze hispige Garicon wird dieser Tage an die Grenze marschiren. — Der römisch-nicht unirte Erzbischof und neugewählte Patriarch von Culoatz hat an seine Glaubensgenossen, die Wallachen in Siebenbürgen, eine Proclamation zur Abweisung des magyarischen Joches gerichtet. — Es ist hier ein panslawischer Agitator gefangen eingebracht worden, welcher durch seine Gesandnisse hochgeachtete Personen kompromittirt. — Unser Premierminister, Graf Ludwig Batthyany, wird zwischen heute und morgen aus Innsbruck zurück erwartet. Allgemein spricht sich die Unzufriedenheit mit unserm Ministerium aus, welches in lauter Geschäftigkeit versunken, noch kein wichtiges Geschäft vollbracht hat. Das Ministerium labert an einem Gebrechen, mit welchem vielleicht kein Ministerium in der Welt behaftet ist. Es ist nämlich zu ehrlich und wieder gestant, und argwöhnt nicht früher, als bis man ihm vor die Stirne geschlagen. Die meisten Minister beweisen sich ihre Lieblichkeit in sehr beschränkten Kreisen, zum Theil auf Dörfen und Marktplätzen und brachten eine hausbackene Tugendhaftigkeit mit sich, die sie als Privatmänner höchst achtungswürdig macht zur Regierung aber in diesen Zeiten des Kampfes der finsternen Fellenmächtigen gegen das aufstrebende Licht wenig befähigt. Sie werden jeden Augenblick rülpfen.

Triest, 10. Juni. Unsere Stadt wurde gestern Nacht abermals in ihrer Ruhe gestört. Um 1 Uhr gab das Gessell das Lärmzeichen; die Nationalgarde war bald auf den Beinen, das Militär auf seinen Posten. Bald begann eine heftige Kanonade; die Batterie von St. Andrea beschoss zwei sich nähernde Dampfschiffe, die sich, arg zugeht, zurückzogen. Gestern früh hatte die ganze feindliche Flotte wider ihre frühere Stellung eingenommen. — Heute hat sich die feindliche Flotte ganz ruhig verhalten. Der Hafen-Eingang ist stark verbarrikadirt worden. (Oester. Bl.)

Italien.

Rom, 1. Juni. [Die neapolitanischen Truppen. Der Papst will den König Karl Albert krönen.] Nächsten Montag, als am 5. Juni, wird das Parlament mit der größten Feierlichkeit eröffnet werden. — Sämmtliche Linientruppen, die sich noch in Rom befinden, werden den 2. oder 3. Juni ebenfalls nach dem Kriegsschauplatz abgehen, und die Engelsburg, so wie die übrigen von ihnen bisher noch besetzten Posten werden alsdann lediglich der Bürgerwehr anvertraut. — Ungeachtet fast das gesammte neapolitanische Offizierskorps erklärte, dem k. Befehl zur Rückkehr nach Neapel den Gehorsam zu versagen, haben die in Ferrara befindlichen 5000 Mann Soldaten und Unerofficiere erklärt, daß sie ohne k. Befehl den Posten nicht überschreiten würden. Sie geben als Grund an, daß der König sie in diesem Fall als Ausräuber ansehen und für ehelos erklären würde. Diese Ansichten sollen sich auch bei den unter Pope von Bologna dahin gekommenen verbreitet haben. Ihr Rückmarsch nach Neapel wäre aber schwierig, denn die Flotte Neapels hat sich an die italienische Sache angeschlossen (sie liegt vor Triest), und zu Land würden sie auf dem Durchmarsch von den Einwohnern des Kirchenstaates als Feinde behandelt. (Nach der Patria sind die Neapolitaner bereits auf dem Heimwege: es sind 5-6000 Mann mit 8 Stück Geschütz. Einen Bataillionschef haben sie erschossen.)

Die Mailänder Zeitung veröffentlicht unterm 3. d. einen Brief aus Rom, laut welchem Pius IX. dem Jesuiten-Gioberti, der sich gegen Ende Mai in Rom befand, versprochen hat, dem König Karl Albert von Sardinien in Mailand selbst die eiserne Krone der Lombarden aufsetzen zu wollen. Mazzini richtet in seinem „Italien des Volk.“ einen Aufruf an Karl Albert, der erste Präsident der italienischen Republik zu werden.

**** Mailand, 3. Juni.** [Nachrichten vom Kriegsschauplatz. — Stimmung unter den Truppen. — Vereinigung der Lombarden mit Piemont. — Eine Contre-Revolution gescheitert.] — „Ioddio lo vuole“ — (Gott mit uns!) ist der allgemeine Ruf, und Mut und Hoffnung besetzt alle Herzen. Die Nachrichten vom Kriegsschauplatz sind die erfreulichsten. Daß Peschiera sich ergiebt, erregt den höchsten Jubel und der Sieg bei Vicenza feuert Alles zu neuen Thaten an. Bei Vicenza blieben von 15000 Oesterreichern 1000 todt auf dem Schlachtfelde und andere 1000 sind theils gefänglich verwundet, theils gefangen, die Uebrigen in die Flucht geschlagen. Unser Verlust beläuft sich auf 30 Tode und 100 Verwundete. (?) Man sagt, ein Sohn des Erz-Bischofs sei bei dieser Affaire gefangen genommen und unter starker Bedeckung nach Montebello gebracht worden. — Verona und Mantua werden wohl, wie immer, nicht genommen werden können, aber sich ergeben. Es giebt ein altes Sprichwort, welches sagt: „Mantua fu mai presa, ma sempre resa,“ welches dafür spricht. Mantua ist vollständig blockirt und hat durchaus keine Communication nach Außen. Verona hingegen einen Ausweg nach Tyrol offen. — Der Rath des König Ferdinand's, genannt der Bombardatore, an seinem Volke erregt Entsetzen und Abscheu, aber schon naht die Rache, alle Provinzen erheben sich, um gegen die Hauptstadt zu ziehen und die Calabesen werden bereits in Neapel erwartet. — Die Stimmung unter den österreichischen Truppen und in den Festungen soll nach der Aussage vieler Deserture eine schlimme sein. Die italienischen und auch die ungarischen Soldaten weigern sich gegen die Italiener ins Feld zu ziehen und verlassen in großer Anzahl die Oesterreicher. — Die provisorische Regierung legte am 26. Mai eine Schrift aus, worin sie die Nothwendigkeit einer augenblicklichen Vereinigung mit Piemont erklärte und aufforderte durch Unterschriften entweder für diesen Schritt oder für die Anerkennung einer Republik zu stimmen. Am 29. wurden die Listen geschlossen und durch Stimmenmehrheit eine augenblickliche Vereinigung mit Piemont und Unterwerfung unter Carlo Alberto beschlossen. Die Republikaner bezeichnen sich würdevoll, indem sie eine Proclamation erließen, in welcher sie erklärten: „daß sie nicht aus Neigung sich unterwürfen, sondern aus der Ueberzeugung, daß es jetzt zum Heile des Vaterlandes sei, diesen Schritt zu thun, und daß der große Moment einer Republik noch nicht geboren sei.“ Die Form der Verfassung soll nach beendigtem Kriege beraten werden. — Am 29. hatten wir hier ein Stückchen Contre-Revolution. Schon am 28. cotectete sich Volk zusammen und begehrte eine Anerkennung der Nationalgarde unter ihrer jetzigen Form für ewige Zeiten. Die provisorische Regierung erklärte: seit Anerkennung Carlo Albertos nicht mehr eigenmächtig handeln zu dürfen, die Sache aber bei dem König vorzutragen zu wollen. Diese Antwort gefiel der aufwüthenden Partei nicht, sie niegelte das Volk auf und nun zog es in Masse auf den Platz St. Fedele und tobte gewaltig, ein Haufe drang in den Palazzo Marina, der Rädelsführer, Luigi Romani ist den Grafen Casati hinaus auf den Balcon, entließ ihm die dreifarbigte Schärpe, rief: „nieder mit der provisorischen Regierung“ und wollte einen Aufruf an das Volk verlesen, da stürzte der Marchese Villani herbei, riß ihm das Blatt aus der Hand und legte dem Grafen Casati die Schärpe nieder um die Schultern. Dies Alles war das Werk eines Augenblicks und nun brach der Jubel des gewissermaßen verblüfften Volkes los. Sie riefen: „wir sind betrogen, das wollten wir nicht, nieder mit den Aufwüthern — es lebe die provisorische Regierung, es lebe Graf Casati!“ Und somit war die Contre-Revolution, die die erste und auch wohl die letzte war, beendet. Die Häupter der Revolution entflohen, und nur Einige sind gefangen, die Wichtigsten, Luigi Romani, Cattaneo und Cernaschi sind erwischt, aber ihre mit Beschlag belegten Papiere gaben wichtigen Aufschluß. Sie waren, obgleich Mitglieder der provisorischen Regierung, im Solde Oesterreichs, in dessen Interesse sie die Contre-Revolution einleiteten. — Aber unser Wunschspruch ist: „mit Gott für die Freiheit, und Gott schützt die heilige Sache!“ Ein aufgefanger Brief aus Innsbruck berichtete, daß man dort am 29. die mailänder Contre-Revolution feiern würde. Sie haben sich verreckt, denn unter dem von ihnen Erbdingen betrogenen Volke herrscht größerer Enthusiasmus denn je, und die Arbeiter unter einander ermahnen sich zur Ordnung, zur Ruhe; überall herrscht der beste Geist, das Volk begreift die Heiligkeit seines Kampfes, be-

geist, daß es nur durch Ordnung und eine würdige Haltung zum Ziele gelangen kann, und darum werden, müssen wir siegen! —

Die Nachricht von der Enthauptung des Königs von Neapel erweist sich als Das, wofür wie sie so glänzend angesehen, als eine Esfindung. Nach einem Privat-Briefe vom 31. Mai in einem Genueser Blatte sollen 3000 Sizilianer auf Kalabrien marschiren, um es zu insurgiren und einen Sohn Karl Albert's als König auszurufen. In Reggio und Pizzo sollen die königlichen Truppen entziffnet und so heimgeschickt worden sein; Niemand zahle mehr Steuern in den Provinzen. — In Civitavecchia sind die beiden Romeo und andere Flüchtlinge aus Neapel angekommen.

Schweiz.

Zürich, 7. Juni. [Absendung einer Kommission nach Neapel. Grenzbeobachtung gegen Oesterreich.] Der Vorort hat die H. Staatsrath Francini aus Tessin und Collin aus Bern nach Neapel abcoronet, um die dortigen Vorfälle mit Bezug auf die Schweizer Regimenter zu untersuchen. Die eidgenössische Grenzbesetzung gegen Oesterreich und Italien wurde nun von der Tagsatzung aufgehoben und die Grenzbeobachtung den Kantonen überlassen. (Schw. M.)

Frankreich.

Paris, 10. Juni. [Die National-Versammlung. — Sitzung vom 10. Juni.] Um 2 1/2 Uhr wird die Sitzung eröffnet. Thiers erscheint. Er hat seinen Platz zur Rechten, in der Nähe von Dillon-Barrot und Duvergier de Launay gewählt. An des Justiz-Ministers Beihülfe Stelle ist in den Bureaux Georges Lafayette zum Vice-Präsidenten der National-Versammlung erwählt worden. Faubert benimmt den Artikel eines revolutionären Winkelblattes über die Vermögensverhältnisse der reichen Bankiers im Gegensatz zu den Proletariern und behauptet, daß sie eine Aufforderung zur Mordthat. Allein die Versammlung erklärt durch den Mund ihres Präsidenten, daß sie sich mit Journalisten nicht abzugeben hat. Der Redner besteht auf seiner Ansicht und interpellirt den Minister. Der Finanzminister Duclerc antwortet, er könne den Artikel nicht; die Regierung werde die Freiheit der Presse schützen, aber auch gegen jede Aufforderung zu einem Verbrechen einschreiten. Der Justiz-Minister Beihülfe mont bekräftigt Duclerc's Worte und sagt, er werde den Artikel so, wie den betreffenden Beschö den übergeben. Der Handelsminister Fleocon ersucht, daß man auch zugleich die Artikel der reactionären Journale verfolge, die zur Ermordung von Volksvertretern (L. Blanc u. A.) anforderten. Der Justizminister und die Versammlung stimmen dieser Forderung bei. Duclerc fügt hinzu, daß gestern die Ex-citio-Kommission bereits dem Polizeipräsidenten aufgetragen habe, gegen mehrere Journalisten Artikel einzuschreiben. Nach diesem Zwischenfalle geht die Versammlung zur Tagesordnung über. Mehrere neue Vorschläge werden vorgelesen. Auf der Regierungsbank sind Lamartine und Garnier-Pagès. Der Finanzminister Duclerc legt einen Gesetzentwurf vor, einen Kredit von 150,000 Francs betreffend, um alle Kupfermünzen umprägen zu lassen. Da nun kommt die Berichterstattung über die eingegangenen Petitionen, tie bei Pestschluß noch fortbauert.

Spanien.

Madrid, 3. Juni. [Der Empfang des preussischen Gesandten.] Die Gaceta enthält heute folgenden amtlichen Artikel: „Gestern Abend um 8 Uhr geruhte Ihre Majestät die Königin in Privat-Audienz und mit den herkömmlichen Höflichkeit den Herren Grafen Raczynski zu empfangen, und, indem dieser der Königin das Schreiben einhändigte, welches ihn als außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am hiesigen Hofe beglaubigt, hielt er folgende Rede: „Madame, der König, mein eiläuchter Herr, legt die höchste Wichtigkeit auf die freundschaftlichen Verhältnisse, welche stets zwischen Preußen und Spanien bestanden haben. Was er am eifrigsten wünscht, ist, sie aufs neue sich entwickeln zu lassen, und er wird unaufhörlich von dem Wunsche durchdrungen sein, daß der Thron Ew. Majestät von Ruhm ergänze, daß Ihre Unterthanen glücklich seien, daß Spanien unter dem Schirme seiner patriotischen Unabhängigkeit, der Ordnung und Beständigkeit an Wohlfahrt zunehme.“ Madame, von jeher habe ich die Ehre, mich bei Ew. Majestät beglaubigt zu sehen, als eine der schätzbarsten Günstlingsgurgeln betrachtet, durch welche der König, mein Herr, meine Anhänglichkeit an seine Person belohnen könnte. So eben hat er mir dieses Glück widerfahren lassen, und ich wünsche, mich desselben würdig zu machen, indem ich das Vertrauen der Regierung Ew. Majestät zu verdienen suchen werde.“ — Ihre Majestät geruhte in folgenden Ausdrücken zu erwidern: „Herr Graf! Es ist Mir äußerst an-

*) Auszug aus einem Privat Schreiben.

genehm, durch Sie zu vernehmen, daß Ihr erlauchter Souverain, so wie Ich, von dem lebhaften Wunsche besetzt war, die freundschaftlichen Verhältnisse zwischen Spanien und Preußen, welche beide Länder so eng mit einander verknüpften und nie hätten unterbrochen werden sollen, wiederherzustellen. Mit großem Vergnügen sehe Ich sie wieder angeknüpft, und so wird denn auch Mein Bestreben, sie immer enger werden zu lassen, um so größer sein. Ich danke Ihrem erlauchtem Herrn aufrichtig für die Wünsche, die er der Wohlfahrt Meiner Untertanen und dem Ruhm Meiner Regierung widmet, und Sie können ihm versichern, daß Ich keinen geringeren Antheil an Allem, was zu seinem vollständigen Glück beitragen kann, nehme. Sagen Sie ihm auch, Herr Graf, daß Ich in hohem Grade der sehr richtigen Wahl, durch welche er Sie zum getreuen Dolmetscher seiner Gesinnungen erkor, Meinen Beifall zolle, und daß ich Ihnen mit besonderem Wohlgefallen und Geneigtheit Gehör verleihen werde, so oft Sie Mir in seinem Namen etwas mitzutheilen haben werden."

Lokales und Provinzielles.

* Breslau, 14. Juni. [Adressen aus Bunzlau und Ratibor.] Es wird von so vielen Seiten die Meinung in Umlauf gebracht, daß die Provinz dem freisinnigen Streben und Wirken der Hauptstädte Berlin und Breslau feindlich gegenüberstehe. Daß dies nicht gerade durchgehend der Fall ist, beweisen zunächst zwei uns vorliegende Adressen der städtischen Ressource in Bunzlau, von denen die eine an die National-Versammlung, die andere an die Bewohner Berlins gerichtet ist. Die erstere spricht sich mit einfachen und klaren Worten über den von der Regierung vorgelegten Verfassungs-Entwurf aus, wie er in keiner Weise die großen politischen und sozialen Fragen der Gegenwart im volkschlämischen Sinne erledigt. In Bezug auf die in dem Verfassungs-Entwurf gemachten Vorbehalte erst künftig zu erlassender Gesetze berührt die Adresse einen Punkt, der unseres Erachtens aus einer sehr richtigen Auffassung der Volksmeinung geschöpft ist. Es heißt nämlich in der Adresse, daß durch so viele Vorbehalte im Volke die Befürchtung erregt werden müsse, es sei der Regierung mit wahrhaft liberalen Institutionen gar nicht Ernst, sondern dieselbe wolle nur Zeit gewinnen, um gelegentlich zu früheren, dem Volke verhaßt gewordenen Zuständen zurückzukehren. Die National-Versammlung wird daher ersucht, den Entwurf im Ganzen zurückzuweisen und unter Anerkennung der März-Revolution einen neuen zu beraten und mit Prag zu vereinbaren.

In der Adresse an die Berliner wird das Vertrauen zu den Bewohnern der Residenz mit der Versicherung ausgedrückt, daß Bürger und Landmann in jüngster Zeit zu der Ueberzeugung gekommen sind, wie ihre Brüder in Berlin für die Sache der Freiheit die Waffen ergriffen, und daß Tausende bereit sind, in den Tagen der Gefahr Gut und Blut auf des Vaterlands Altar niederzulegen. In demselben Grade, wie das Vertrauen zu dem Ministerium geschwächt, in demselben Grade sei es zu den Berlinern erwacht, und durch die Feier am 4. d. M. gekräftigt worden. Berlin habe damit den Beweis geliefert, daß es einig ist in dem Streben nach völkerglücklicher Freiheit.

Ebenso erfahren wir, daß in einem andern Theile der Provinz, in Ratibor, eine freisinnige Richtung vorherrschend ist. Die oberschlesische Locomotive meldet nämlich, daß am 7. d. M. daselbst eine große Volksversammlung stattgefunden, in welcher auf die von Köslin aus erlassene Adresse aufmerksam gemacht wird, wie dieselbe die Märzrevolution zu verdächtigen und herabzumwürdigen sucht. Da nun diese Adresse auch in Ratibor verbreitet wird, so beschloß die Versammlung eine Ansprache an die Berliner zu erlassen. Es heißt unter Anderem darin: „frei und offen rufen wir Euch zu, daß wir uns als Eure Schuldner für die von Euch am 18. und 19. März erkämpfte Volkssouveränität betrachten. Die Opfer, welche Ihr zur Erhaltung der gewonnenen Rechte fortwährend bringt, erkennen wir in ihrer ganzen Größe. Nur Eure Wachsamkeit war im Stande, die Pläne der Reaktion zu entdecken und zu Schanden zu machen. Zu Euch hegen wir das Vertrauen, daß Ihr die blutig errungene Freiheit fort und fort beschützen werdet. — Sollte aber noch einmal eine schwere Stunde der Prüfung über Euch kommen, dann seid versichert, daß wir unsere Sympathie, welche wir jetzt nur in Worten auszudrücken vermögen, auch zu乙ethätigen wissen werden.“ — Die Kösliner Adresse wurde unter rauschendem Beifall verbrannt und dem Red. Liebich der Auftrag gegeben, die Asche feierlich dem Ratiborer Magistrat zu überreichen, da sich dieser dazu hergegeben, jene Adresse durch Sammeln von Unterschriften zu unterstützen. — In einer Nachschrift der Locomotive findet sich noch die Anzeige des Red. Liebich, daß er sein Mandat erfüllt, und das Couvert mit der Asche dem Herrn Bürgermeister übergeben habe.

* Breslau, 13. Juni. In einigen schnell auf einander anberaumten Versammlungen der hiesigen Kaufleute Litt. A. wurde die provisorische Handelskammer aus folgenden Mitgliedern zusammengesetzt: den Herren E. Credner, L. E., Eichborn, Dr. Friedenthal, Isidor Friedenthal, S. Goldschmidt, E. Heumann, Fr. Klocke, E. G. Kopisch, M. Landsberger, W. Lasker, G. Liebich, E. A. Milde, Th. Molinari, E. F. Poser, M. Schreiber. Bei der Wahl der neun Stellvertreter erhielten die absolute Majorität: die Herren B. Bepersdorf, D. Gorban, F. W. Grund, Ludw. Heyne, Jos. Hoffmann, D. Zimmermann, C. Laskow, H. A. Schneider, C. Worthmann. — Hierauf konstituirte sich die Handelskammer am heutigen Tage, wählte zu ihrem Präsidenten Herrn Th. Molinari, zu ihrem Vize-Präsidenten Herrn E. A. Milde, zu ihrem Rechts-Konsulenten Herrn Justizrath Gräff und übertrug die Geschäfte des Sekretariats dem ehemaligen Oberlandes-Gerichts-Referendarius Moritz Simson.

Breslau, 14. Juni. [Das Wollmarkts-Schiedsgericht.] Es ist bekanntlich bezüglich der Arbeiter am Wollmarkte die Einrichtung getroffen worden, daß jeder Arbeiter eine Nummer und die gedruckte Taxe für die am Wollmarkte vorkommenden Arbeiten empfing; diese Taxe war durch eine besondere Commission, bestehend aus Arbeitern, Magistrats-Mitgliedern und dem Polizei-Präsidium festgesetzt worden. Zur Schlichtung der Streitigkeiten zwischen den Arbeitern und den Arbeitsgebern am Wollmarkte war ein Schiedsgericht niedergesetzt, welches aus einem Arbeiter, einem Mitgliede des Magistrats und einem Mitgliede des Polizei-Präsidiums bestand. Dieses Schiedsgericht hat seine Sitzungen am 3. d. M. begonnen und am 10. d. Mts. beendet. Die Zahl der ausgetheilten Nummern belief sich auf beinahe 800. Demohngeachtet hat das Schiedsgericht im Ganzen nur 30 Fälle zu entscheiden gehabt, in denen wegen des Arbeitslohnes zwischen den Arbeitsgebern und den Arbeitern Streit entstanden war. Sie wurden alle ohne Schwierigkeiten beseitigt. In der geringen Zahl dieser Streitfälle liegt ein sehr sprechender Beweis für die Nützlichkeit der ganzen Einrichtung, wenn man berücksichtigt, wie häufig früher derartige Streitigkeiten waren. Jedensfalls wird diese Einrichtung auch für künftige Jahre beibehalten werden. (Bresl. Anz.)

† — Hirschberg, 12. Juni. Gestern benachrichtigte unser Kirchen-Kollegium die hiesige katholische Gemeinde, daß ihr zwar die evangelische Gnadenkirche noch ferner zur Verrichtung ihrer Gottesdienste bewilligt, jedoch dem Prediger Herrn Ronge ferner nicht gestattet werden könne, in derselben Gottesdienst zu halten. — Dies Schreiben unterzeichnete der Porzellanfabrikant E. Ungerer! — (Einer Aufklärung über diesen Gegenstand sehen wir entgegen.)

Oppeln. [Personal-Chronik.] Se. Majestät der König hat geruht, dem Landrathe des Neustädter Kreises, v. Wittenburg, die nachgesuchte Dienstentlassung zu bewilligen — der kathol. Schuladjutant Carl Josch wurde als Schullehrer zu Wessola, Plesser Kreises, der Adjutant Joseph Schalla als Organist und Schullehrer an der kathol. Schule zu Mosrau, Koseler Kreises — der Organist und Lehrer Bragulla an der evangelischen Schule zu Wilmsdorf, Kreuzburger Kreises, definitiv angestellt — und der vormalige freiwillige Jäger Gottlieb Bänisch als Kanzleidner bei der hiesigen Regierung versetzt. — Gestorben ist der kathol. Schullehrer Joseph Sotars zu Neudorf, Rosenberger Kreises. — Ernannt wurden: der bisherige Ober-Landesgerichts-Referendarius v. Schlopp zum außerordentlichen Landgerichts-Assessor zu Ruppz, der ehemalige Unteroffizier Joseph Rendschmidt zum Gerichtsdienener und Gefangenwärter beim Landgericht zu Ruppz; dem Referendarius Schroll ist die interimistische Verwaltung des Stadtgerichts zu Lublitz übertragen worden. — Abgegangen ist der Ober-Landesgerichts-Auskultator Kober. — Gestorben sind der Land- und Stadtgerichts-Direktor und Kreis-Justizrath Fritsch in Ratibor und der Stadt-Richter, Justizrath Porsch zu Krappitz.

(Fortsetzung des in Nr. 135 der Breslauer Zeitung abgedruckten Reiseberichts nach Amerika.)

— Ich bin in Farmhäusern gewesen, wo 12—14 Kinder sich in den Wintermonaten um das Kamia drängten und den Müttern das Kochgeschäfte bedeutend erschwerten, doch keine Mutter stieß ihre Kinder unsanft zurück oder ließ sie mit harten Worten an, aber auch die Kinder sind anders, da ist kein solcher Teufelslärm und Geschrei und Balgerei, sie sind von frühesten Jugend an ernst und ihr erstes Spielzeug ist das Messer, womit sie schnitzen, was nicht gerathen wäre, deutschen Kindern in die Hände zu geben. Von den Mädchen kann ich nur mit Achtung sprechen, ihre Sittsamkeit ist exemplarisch, und ich werde keinen Anstand nehmen eine Amerikanerin zu heirathen. Darf es daher wohl wundern, wenn ich mich glücklich fühle unter diesem in patriarchalischer Einfachheit und Unschuld lebenden Völkchen zu wohnen. Meine Farm liegt 9 Meilen von dem Städtchen Wartburg auf einer Hochebene des Cumberlandgebirges, zu meinen Füßen rollt der Big Emery seine grünen Wellen zum Tennessee, 500 Pfirsich- und Apfelsbäume entfalteten in diesem Frühling für mich zum erstenmale ihren Schmuck und ich hätte gewünscht,

meine deutschen Freunde hätten die Anhöhe hinansteigen und den Genuß des Anblicks mit mir theilen können. Der Boden ist nicht so reich als in andern Theilen der vorerwähnten Staaten, doch sind die Ernten immer noch ergiebiger als in Deutschland und mannigfaltig sind die Erzeugnisse des Landbaues, Mais, Tabak, Reis, Kartoffeln, alle unsere Getreide- und Gemüsearten gedeihen vorzüglich. Die deutsche Niederlassung ist noch im Entstehen, geht aber in ihrer Entwicklung rasch vorwärts, und seit ich mich mit meinem Reisegefährten hier angelangt, sind mehr als 50 Personen hier eingewandert und neuezüge sind von Newyork angelündigt. Und in der That verdient diese seither ganz vergessene Gegend jede Beachtung, ihrer günstigen geographischen Lage wegen, und besonders deshalb, weil sie gesund ist, während ringsum Fieber herrschen, an denen in den Sommermonaten oft ganze Familien daniederliegen. Wie würde ein Pfirsich das schöne Wasser benützen, das hier in tausend Quellen von den Bergen rinnt, und die Promenaden von Gräfenberg, was wären sie im Vergleich zu denen, die die Kunst hier anlegen könnte, wo die Natur schon so viel gethan, wo die schönsten blühenden Bäume und Sträucher die Bergabhänge schmücken und Florens Kinder so zahlreich, so mannigfaltig und prachtvoll in Wald und Wiesen gedeihen. So reich wie die Pflanzenwelt in Amerika, ist auch die Thierwelt, jeder Busch, jede Wiese, jeder Sumpf ist angefüllt mit Tausenden von Geschöpfen j gleicher Gattung und geht man einen Fußweg, da läuft und zischt und springt und leuchtet von allen Seiten, nur das Klappern könnte wegbleiben, wenn dies ertönt zuckt man zusammen, sucht mit den Augen und rüftet sich mit dem Hickory-Stock. Die Indianer haben den Weißen eine Wurzel kennen gelehrt, bindet man die an einen Stock und nähert ihn der Schlange, entfernt sie sich schnell und außerdem ein Kraut, wenn man dasselbe in Stiefeln oder Schuhen bei sich trägt, beißt keine Schlange. Ein berühmter Arzt in New-York starb kürzlich an dem Biß einer Klapperschlange, die man ihm zum Präsent aus dem Süden geschickt hatte, 6 seiner berühmten Kollegen mit all ihrer Wissenschaft konnten ihn nicht retten, er fühlte wie ein Glied nach dem andern abfiel, Indianer häuten ihn gerettet. Graußige große Spinnen, Frösche, die junge Enten verschlingen, eine Anzahl von Heupferden, Skorpionen und andern Insekten, Eidechsen und Molche, in den schönsten Farben prangende Schmetterlinge, Colibri's und Spechte, Adler und Gier; nirgends habe ich auf meinen Reisen in Europa ein so reges Leben in der Natur gefunden. Die Viehzucht ist ohne große Mühe zu betreiben, und wird wie in Kentucky der Reichthum des Landes werden, das Vieh ernährt sich, ausgenommen in kalten Wintern, im Walde; Schweine vermehren sich fabrikhaft und Schafe gedeihen vorzüglich. Die Milch ist sehr wohlschmeckend, da eine Menge aromatischer Kräuter auf den Bergen wachsen, die die Kühe besonders lieben, und die eingewanderten Schweizer sagen, sie sei besser als die Milch der Schweizerkühe, somit dürfte Käse und Butter ein Ausfuhrartikel werden. Der Absatz ist gegenwärtig noch gering, da die Kommunikationsmittel, Brücken, schiffbare Flüsse und praktikable Wege fehlen, wenn jedoch die Bevölkerung zunimmt, was zu erwarten steht, wird dies besser werden. So finden auch jetzt nur diejenigen ihre Fortkommen, die die Landwirtschaft oder ein sie zunächst berührendes Gewerbe betreiben. Arbeitskräfte fehlen nicht, daher diejenigen, die sich schmickeln, 1 Dollar täglich zu verdienen, nicht hierher kommen dürfen, denn hier steht der Arbeitslohn nur auf 50 Cents. Nicht alle, die hierher kommen, passen auch hierher, viele glauben ihr Deutschland wieder finden zu müssen, nicht die Polizeien, auch nicht die Steuerpartie, aber ihre Kachelöfen und ihr Roggenbrod, und sind darin ungerecht, denn sie finden doch Schweinebraten und Sauerkraut, Käse und einen Schnaps und solch, denen die Häuser zu schlecht sind und das Maibrot nicht schmecken will, würden besser thun, ganz aus der Welt zu gehen, denn sie taugen nirgends hin. Tennessee ist das Italien Amerika's, eine reiche üppige Vegetation, schönes Klima, das sind Genüsse, die der Freund der Natur zu schätzen weiß und ohne Besorgnis sich ihrer erfreuen darf, da weder Lazzaroni noch Beavi am Wege lagern. Reisend liegt mein Home am Saume des Waldes unter dem Schatten blühender Apfelsbäume, blaue Berge umgürten den Hintergrund und ich rufe von ganzer Seele: praefer omnes angulus mihi videt.

Robert Schimmel.

Inserate.

Die kaiserlich russische Regierung hat genehmigt, daß fremden Kaufleuten, die den Wollmarkt zu Ratibor besuchen wollen, der Eintritt in das Königreich Polen auch dann gestattet werde, wenn ihre sonst gültigen Pässe auch nicht das Visum der russischen Gesandtschaft haben. Diese Reisenden dürfen jedoch während des Wollmarkts die Stadt Ratibor, um Reisen in die Umgegend zu machen, nicht verlassen, und müssen nach

beendet in Markt in ihre Heimath zurückkehren. — Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 6. d. M., betreffend den Besuch des Wollemarkts zu Warschau, wird dies hiermit bekannt gemacht.

Breslau, den 14. Juni 1848.
Königliches Polizei-Präsidium.

Bekanntmachung.

Alle Diejenigen, welche die Ausfertigung eines Attestes zum einjährigen Militärdienst zu beantragen sich für befugt erachten, haben die diesfälligen Gesuche schriftlich an das Bureau der unterzeichneten königlichen Departements-Prüfungs-Commission für einjährige Freiwillige, zur Zeit Friedrich-Wilhelmsstraße Nr. 75, gelangen zu lassen, und gleichzeitig einzureichen:

- 1) ein Taufzeugniß;
- 2) ein vollständiges Zeugniß, aus welchem erhellt, daß Bittsteller entweder in einer der drei ersten Klassen eines Gymnasii sich befindet und in allen Zweigen des Schulunterrichts einen solchen Grad wissenschaftlicher Vorbereitung bekundet habe, der erwarten läßt, daß er sich mit Nutzen den Wissenschaften widmen könne, oder sofern derselbe die Universität bezogen, das Zeugniß der Reife erhalten, weil sonst noch eine Prüfung vor uns erfolgen muß, die überhaupt nach Maßgabe der Umstände von unserm Ermessen abhängt, insbesondere wenn die Zeugnisse irgend ein Bedenken enthalten. — Die nun vor uns stattfindende Prüfung wird auf die deutsche, die älteren Sprachen, resp. auch auf die französische, vaterländische und allgemeine Geschichte, Geographie und Mathematik gerichtet. Wenn aus dem Zeugnisse nicht zugleich die Führung erhellt, so ist
- 3) noch ein Führungsattest zu überreichen.

Zweckmäßig wird es endlich sein, wenn zur Feststellung des Gesundheitszustandes gleichzeitig ein ärztliches Attest mit eingereicht wird, welches die körperliche Befähigung außer Zweifel setzt, indem dann der Verpflichtete einer militärärztlichen Untersuchung durch den Departements-Arzt hierorts entzogen wird, was namentlich auswärtigen Petenten bezüglich der Zeit und der Reisekosten von Wichtigkeit sein wird, andererseits können auch Leiden obwalten, die der Hausarzt kennt aber nicht ohne Weiteres vom Departements-Arzt zu erkennen sind.

Hierbei wird ausdrücklich bemerkt, daß Atteste über die Qualifikation zum einjährigen Militärdienst nur von den königlichen Departements-Prüfungs-Commissionen gültiger Weise erteilt werden dürfen, und daher auf Bescheinigungen über die Meldung zu diesem Dienste, welche andere Militär- oder Civil-Behörden etwa irrtümlich ausgestellt haben, keine Rücksicht genommen werden kann. Gleichzeitig wird auch darauf aufmerksam gemacht, daß nur bis zum 1. Mai desjenigen Jahres, in dem der Militärpflichtige sein 20. Jahr erreicht, Anmeldegeseuche zum einjährigen Militärdienst von der unterzeichneten Commission berücksichtigt werden dürfen und der wirkliche Diensttritt bei den Truppen theilen stets am 1. April oder 1. Oktober jeden Jahres erfolgen muß.

Für Diejenigen, welche sich der Prüfung zu unterwerfen haben, sind für das Jahr 1848 folgende Termine angesetzt:

- der 8. März,
- der 31. Mai,
- der 19. Juli.

Die Anmeldungen werden geräumig vor diesen Terminen schriftlich erwartet und ist stets besondere Anweisung und Vorladung abzuwarten.

Breslau, den 3. Dezember 1847.

Königliche Departements-Prüfungs-Commission für einjährige Freiwillige.

Zinsenzahlung.

Den Inhabern hiesiger Stadt-Obligationen wird hierdurch bekannt gemacht, daß die Zinsen davon für das halbe Jahr von Weihnachten 1847 bis Johanni 1848 in den Tagen

vom 19. bis zum 30. Juni d. J. mit Ausschluß der dazwischen fallenden Sonntage, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr auf der hiesigen Kammerei-Haupt-Kasse in Empfang genommen werden können.

Die Inhaber von mehr als zwei Stadtoobligationen werden zugleich aufgefordert, behufs der Zinsenerhebung, ein Verzeichniß, welches

- 1) die Nummern der Obligationen nach der Reihenfolge,
- 2) den Kapitals-Betrag,
- 3) die Anzahl der Zins-Termine, und
- 4) den Betrag der Zinsen

speciell angeht, mit zur Stelle zu bringen.

Breslau, den 1. Juni 1848.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

Stadtverordneten-Versammlung

am 15. Juni, Nachmittag 4 Uhr.

Verzeichniß der wichtigern, zum Vortrag kommenden Gegenstände.

1. Angelegenheit der Ober-Bürgermeister-Wahl.
2. Desgleichen der Wahl des Baron v. Stückler zum unbefeldeten Stadtrath.

3. Petition, betreffend die Zurückgabe der Polizei-Verwaltung an die Stadtgemeinde.

4. Mehrere Verpachtungen.

5. Brotlieferung für die Frohnveste und für das Polizei-Gefängniß.

6. Projekt zur Ausgrabung eines Schiffsbassins neben dem Stadtgraben unterhalb der Ziegelbastion.

7. Wahl von Mitgliedern der Bau-Deputation und der Holzhoß-Verwaltungs-Deputation.

8. Ernennung einiger Commissarien für das Erbschaft.

9. Wahl eines Schiedsmannes.

10. Verschiedene Bewilligungen, Eratserrhöhungen und Erlasse.

11. Selbstständige Veröffentlichung der Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung durch den Druck. **Kopisch, in Vertretung.**

* Breslau, 14. Juni. Sofort mit der Entfesselung der Presse wurde hier gegen die Person und amtliche Thätigkeit des Herrn Kanzleirath Schauder ein Angriff anonym veröffentlicht, in dem sich unverkennbar ein lange verhaltener bitterer, rein persönlicher Groll Luft machte. Neuerdings ist die durch den Herrn Wit genannt von Döring wieder angefachte Aufregung zu einer Wiederholung des Angriffs benutzt worden, und diesmal in Form eines Plakates an den Straßen-Ecken, unterzeichnet Gottlieb Peterfilie, Bureau-Assistent, diesmal mit der direkten Anschuldigung einer Simulacrat und Handlungsweise, welche, wäre die Anschuldigung begründet, Herrn Schauder seiner Stellung und der öffentlichen Achtung unwürdig erscheinen lassen müßte, diesmal endlich mit einem offenen Ruf an das „Volk,“ Rache für die ungesühnten Frevel an dem Herrn Schauder zu nehmen und ihn mit einer Gewaltthat von dem angelich mißbrauchten Amte zu entfernen. In der That, ein Theil dieses so leicht entzündlichen Volkes war bereit, der Appellation an seine Gerechtigkeit Folge zu leisten, ohne zu fragen und zu erwägen, ob nicht seine Leichtgläubigkeit durch eine freche Lüge und schamlose Intrigue gemißbraucht würde, und nur die getroffenen Vorsichtsmaßregeln haben bekanntlich drohende Gefahr gegen Herrn Schauder verhindert. Das Plakat nennt die frühere Beschuldigung eines bezahlten Inserates „eine Beschworde der Presse;“ es ist selbst unter der Agide der der Presse erworbenen Freiheit aufgetreten und will eine Stimme der öffentlichen Meinung sein. Herr Schauder mag für seine Person im gesellschaftlichen Wege seine Revanche suchen; da aber die Presse ins Spiel gebracht ist, so fühlen wir ebenfalls die Verpflichtung, im Namen dieser Presse ein Wort abzugeben und haben uns gründliche und gewissenhafte Recherchen angelegen sein lassen, inwiefern die gegen Herrn Schauder erhobenen Anklagen etwa wahrheitsgemäß oder das Werk einer finsternen Kabale seien. Wenn Herr Schauder früher der tyrannischen Willkür gegen das mit ihm in amtliche Verbindung kommende Publikum beschuldigt wurde, so sind uns die zahlreichsten Versicherungen des Gegentheils zugegangen, Versicherungen mit dankbarer Anerkennung einer stets bewährten Willfährigkeit und Zuverlässigkeit des Herrn Schauder in seinem amtlichen Wirkungskreise. Das Plakat nun, in maßlosem Fanatismus des Hasses nicht zufriedener, Herrn Schauder als einen „unerträglich, boshafsten, unmenslichen Tyrannen“ zu schildern, mocht ihn geradezu für den Selbstmord eines Beamten verantwortlich. Wir haben untenstehende Rechtfertigungs-Schrift des Herrn Schauder als Manuscript gedruckt vor uns, und darauf, wie auf unsere eigenen Nachforschungen gestützt, müssen wir mit tiefster Entrüstung das Plakat als einen frevelhaften Preß-Unfug beklagen. Herr Schauder hat die Anklage Wort für Wort widerlegt und die Lügen, Entstellungen und Verläumdungen derselben aufgedeckt. Er hat nachgewiesen, daß von den drei Beamten des Stadtgerichts, deren Selbstmord seine Blutschuld sein soll, der eine und andere sich zu einer Zeit, wo er in keiner Beziehung als Vorgesetzter zu ihnen gestanden, den Selbstmord verübt und der dritte erweislich aus der amtlichen Stellung ganz fern liegenden Gründen. Er bringt endlich, da das Plakat über das amtliche Zeugniß seiner jetzigen Vorgesetzten ohne Weiteres den Stab bricht, Zeugnisse über sein früheres Wirken bei, die allein die schmächtige Verdächtigung des Plakats in ein helles Licht stellen. Im Ganzen haben wir die feste Ueberzeugung gewonnen und bekennen sie gewissenhaft, daß Herr Schauder in seiner schwierigen Stellung ei es amtlichen Verkehrs mit mehr als 100 Subalternen und Unterbeamten sich allerdings vielfach durch die strengste persönliche Sympathie abwendig machen mag, daß jedoch die gegen ihn erschienenen öffentlichen Bezeugungen unverkennbar aus rein persönlicher Animosität und Schässigkeit entsprungen sind und von einer im Dunkeln schleichenden Clique dirigirt werden. Wenn ihn die Presse mißhandelt hat, so sei ihm diese unsere Sühne auch durch die Presse gegeben.

Rechtfertigung

des Kanzlei-Raths Schauder.

Mein Schweigen auf die gegen mich erfolgten Angriffe wird von mancher Seite als ein Zugeständniß der erhobenen Beschuldigungen angesehen, darum muß ich bitten, auch mich, den Angeklagten, zu hören. Ich will und kann vermöge meiner Stellung nicht mit den Waffen meiner Gegner kämpfen. Nur berichten und widerlegen werde ich.

1. Der angebliche Verfasser des ersten Schmähartikels in Nr. 82 der Breslauer Zeitung ist nicht, wie die Unterschrift besagt:

„ein „Bureaukrat“ im Namen Bieler,“ sondern ein gewisser Benelt, welcher früher von den Herrn Stubenmatern als Handarbeiter beschäftigt wurde.

2. Der Verfasser des letzten Pasquills, Herr Peterfilie, ist niemals Bureau-Assistent weder beim Stadt-Gericht, noch bei einer anderen Gerichtsbehörde gewesen. Warum Herr P. aus seiner Militär-Dienstzeit die Anstellungsfähigkeit nicht begründet hat, wird er selbst am besten wissen, mir wird er die Antwort wohl erlassen. Als Consulent für Parteien und als Zeuge in Prozesssachen ist er nur dem Stadtgericht bekannt.

Weder Herrn Benelt noch Herrn Peterfilie habe ich jemals gesehen, und sie mich wohl auch nicht. — So wahr die Unterschriften, so wahr ist die Schmähschrift und das Pasquill. Beide sind voller Lügen, Entstellungen, Verleumdungen, Verdächtigungen zc. Dies werde ich so kurz wie möglich nachweisen.

a. Daß ich das mit mir in amtliche Berührung kommende Publikum durch tyrannische Willkür im Innersten empört habe, erkläre ich als Behauptung ohne Beweis für eine der größten Lügen; Tausenden und abermal Tausenden habe ich während meiner amtlichen Stellung nützliche Dienste zu leisten gesucht, und bin stets bereitwillig und unverdrossen dem Hirtigen wie dem außerhalb Breslau wohnenden, beim Stadtgericht Hilfe suchenden Publikum entgegen gekommen, wie ich mich dreist auf das Publikum berufen kann, das hier zu Gericht sitzen, und zwischen mir und meinen vorgehobenen Verleumdern entscheiden soll. — Von Personen aus den höheren Ständen, denen ich fast täglich Dienste leiste, will ich gar nicht sprechen, allein die vielen armen Wittwen und Waisen, für welche die Bescheinigung oft eine Lebensfrage ist, werden am besten Auskunft geben können, wer sie mit „tyrannischer Willkür bis aufs Innerste empört“ hat, ich oder meine verkappten Verläumder. Meine Loosung war immer: „Der Beamte ist nur des Publikums, und nicht dieses des Beamten wegen da.“ Dadurch habe ich freilich die Stock-Bureaukraten, wie die Pasquillanten, die unter dem Namen Benelt und Peterfilie auftraten, ins Gesicht geschlagen und mir manche Feindschaft nach unten, ja sogar nach oben zugezogen; denn soll etwas beschleunigt werden, dann müssen viele Hände und Füße in den Büreaus in Bewegung kommen und dies inkommodirt manchen!

Allein wenn ich die Bureaukratie von den nur zu oft gerechten Vorwürfen wegen der langsamen und schleppenden Verwaltung bewahren wollte, so weit nämlich diese Bewahrung zu meinen amtlichen Pflichten gehörte, so war ich leider genöthigt, lässige Bureau-Beamte zur Pflichterfüllung ernstlich anzuhaltend, — und dies ist die Tyrannei, die meinen Verläumdern nicht gefällt! Hätte das Publikum Klage zu führen gehabt, es würde gewußt haben, wo meine Vorgesetzten zu finden sind.

b) Daß ich mich während meines Aufenthalts im Bade Salzbrunn als Stadt-Gerichts-Direktor gerirt haben soll, ist eine große Lächerlichkeit. — Babelisten und die Hunderte von Breslauern würden mich die nächste Stunde Lügen gestraft haben. — Man benutzte mich doch wegen Anmaßung eines fremden Titels am gerigneten Orte, und ich werde meiner Strafe nicht entgehen.

c) Die Schmähschrift und der angebliche Brief eines Todten haben einen und denselben Verfasser — Rede- und Wendestyl zeigen dies. — Ich fordere Herrn Peterfilie auf, das Original des Briefes beim Gericht hier niederzulegen, bis dahin erkläre ich es für eines der schamlosesten und empörendsten Machwerke.

d) Meinen Eintritt beim Stadt-Gericht habe ich Niemanden zu ver danken; denn ich trat ohne alles Einkommen ein — und in diesem Falle bedarf es für einen unbescholtenen Mann keiner Protectoren.

e) Ohne auf alle Einzelheiten des scheußlichen Machwerks des Peterfilie eingehen zu wollen, da diese Schmähschrift, wie allgemein bekannt, mit höchster Indignation aufgenommen worden, bemerke ich nur, daß sich nach diesem Machwerk drei Beamte wegen mir entleibt haben sollen. Nach den angestellten Ermittlungen sind in den letzten 20 Jahren — und so lange bin ich incl. der Zeit, wo ich beim Ober-Landesgericht und beim Justiz-Ministerium angestellt war, nur im Justiz-Dienst — eines unnatürlichen Todes gestorben:

1. Der Diät. K.

Er hatte Gelder einzuziehen, sollte sie abliefern, — konnte dies nicht und entfernte sich aus dem Bureau, ohne bis heute wiederzukommen.

2. Der Diät. M.

erschoss sich; warum? weiß ich, ja selbst sein hier noch lebender Bruder nicht.

Beide Unglücksfälle treffen in die Zeit des frühern Kanzlei-Direktors J. R. S.; — ich war damals nur Expedient, stand mithin in keiner Beziehung als Vorgesetzter zu jenen beiden unglücklichen Beamten, konnte sie weder tyrannisieren, noch hatte ich ihnen überhaupt etwas zu sagen, und stand ihnen so nah und fern, wie alle andern damaligen Subaltern-Beamten in Breslau.

3. Der Reg. K.

Daß ich an seinem Tode Schuld haben soll, ist eine schamlose Lüge; ich behaupte vielmehr, daß seine zerrütteten Vermögens-Verhältnisse, der Verlust eines Vermögens von circa 15,000 Rthl., eine beinahe 20jährige Melancholie, Liefssinn und endlich die bevorstehende Pensionierung ihn zu dem unglücklichen Schritte geführt haben. — Er soll in letzter Zeit bedeutende Summen an Aktien verloren haben. Bei seinem Tode fand man Schulden, und kurz zuvor suchte er noch vergebens Geld. — Zeugen hirtüber, sogar solche, die mit ihm die unglücklichen Geldspeculationen gemacht haben, werde ich dem Inquisitoriat im Laufe der Untersuchung namhaft machen; vorläufig verbietet es die Discretion. — Einer der ältesten jetzt noch lebenden Bekannten des K. hat schon vor 20 Jahren geäußert: „K. geht noch einmal ins Wasser!“ — Es wundert mich, daß ich nicht auch noch für ähnliche Unglücksfälle bei andern Dilettanten im Staate auf

Kommen muß. Dergleichen Unglücksfälle, Kassationen von Beamten etc. sind bei andern Behörden wirklich auch vorgekommen; ja man hat das Amtsgebäude des hiesigen Ober-Bandes-Berichts und mit ihm die Akten vernichten wollen, wobei für Tausende unersehlicher Verlust entstanden, ja vielleicht manches Menschenleben verloren gegangen wäre. — Schade, daß dies Hr. Peterkille nicht gewußt, denn jeden Falls hätte er an die Straßenecken anschlagen lassen, daß ich dies Alles verursacht, — und wäre dergleichen wirklich beim Stadt-Gericht vorgekommen, so müßte ich die Schuld tragen, und wenn ich, während es geschah, 100 Meilen weggewesen wäre.

1) Da ich berufen bin, zwischen dem Stadt-Berichts-Direktorio und Collegio einerseits und den Subaltern-Beamten andererseits zu stehen; da ich verpflichtet bin, in allen Büreaus Ordnung und den Gang der zahllosen Geschäfte zu jeder Stunde geregelt zu erhalten; da ich mit mehr als hundert Subaltern- und Unter-Beamten amtlich verkehre, alle Rechner, Rügen und Befehle ausführen muß, so bin ich natürlich der Sündenbock für alle unliebamen Maßregeln. Hätten meine Verteumber und Reider meine Stellung zu beurtheilen verstanden, — vielleicht würden sie das Geld für schändliche Pasquille, Plakate und Kagenmüssen gespart haben, denn es würde ihnen klar geworden sein, daß wir Alle nur um dem Publikum zu dienen da sind, und daß dieses denjenigen Beamten am meisten achtet, welcher am promptesten bedient, sollte er auch die lästigen und Eingebildeten mit Strenge zu ihrer Pflicht anhalten.

Gegen Verfasser, Drucker und Verbreiter beider Schmäh-schriften habe ich übrigens bereits die Kriminal- und fi-kalische Untersuchung angestrengt. Seiner Zeit werde ich, wenn mir das Recht zugesprochen wird, das Resultat derselben anzeigen, — und da mir der gespannte Faden der Intrigue von Anfang bis zu Ende bekannt ist, so werde ich vielleicht später die Namen der Herren Epilener veröffentlichten können.

Zum Schlusse noch die Bemerkung, daß die sehr nahe bevorstehende Reorganisation der Justiz-Versaffung meinen längst gefaßten Entschluß und die Wünsche meiner, sich hinter Herrn Benett und Peterkille verborgenden Verteumber in Erfüllung bringen wird.

Breslau, den 10. Juni 1848. Schauder.

Ärztliche Association.

Der am 31. v. Mts. in Görlitz zur Förderung ihrer Ständes-Interessen zusammengetrete Verein der im preußischen Staate zur ärztlichen Praxis approbirten und promovirten Medizinal-Personen hat, um durch Association seinen Bestrebungen Kraft und Wirksamkeit zu erwerben, beschlossen:

- 1) Seine Constituirung durch Veröffentlichung den Ärzten allgemein bekannt zu machen;
2) Die zur Theilnahme an demselben aufzufordern;
3) Zu der nächsten allgemeinen Versammlung des Vereins am 4. Juli d. J. in dem Lokale der naturforschenden Gesellschaft auf der Petersgasse in Görlitz zur weiteren Consolidirung und definitiven Beschlußnahme einzuladen.

Indem hiernach das Unternehmen der Theilnahme und Unterstützung der Ärzte allgemein empfohlen wird, werden dieselben zum Besuche der Versammlung in Görlitz hiermit aufgefordert oder um ihre beifällige Mittheilung über ihre Theilnahme an dem Vereine unter der Adresse des k. Sanitäts-Raths und Kreis-Physikus Herrn Dr. Zamm zu Lauban gebeten, um danach Veranlassung nehmen zu können: ihnen über das Ergebniß der Beratung weitere Nachricht zu geben, deren hauptsächlichster Gegenstand die Ermöglichung einer für das Allgemeinwohl und die Ärzte zweckmäßigeren Ständes-Befassung derselben und die so oft angeregte Medizinal-Reform sein soll, um diese im Systeme der möglichst ausgebreiteten Association, als dem hierzu allein sicher führenden Wege höhern Orts vorzulegen und deren endliche Einführung ins Leben zu veranlassen. — Da dieß im Interesse jedes einzelnen Arztes liegt, steht zu erwarten, daß recht viele die angelegte Versammlung besuchen oder wenigstens schriftlich ihre Theilnahme am Verein darthun werden.

Seidenberg i. d. Ob.-Lausitz, am 12. Juni 1848. Dr. Sintenis, im Auftrage des Vereins.

Ärztliches.

Wenn laut einer Erwidrerung in der gestrigen zweiten Beilage dieser Zeit. der schlesische Verein keinen Zopf in die große Zopfzallerie ließen will, so ist das Bemühen anerkennenswerth. Er möge jedoch jetzt, nachdem er so lange geschwiegen, — nicht zu viel für die gesammten Ärzte Schlesiens „denken und handeln“ wollen, bevor eine General-Versammlung derselben stattgefunden.

In Erwiederung auf das Faserat des Freiherrn v. Lüttwig von Nr. 134 der in Breslau erschienenen Zeitung erklärt der constitutionelle Verein in Rantsh: „daß er durchaus keine Verantwortlichkeit für die Handlungen seiner einzelnen Mitglieder übernimmt, am wenigsten aber für Dummdreien stehen kann, die irgend Jemand anonym in öffentliche Blätter einrücken zu lassen für gut findet.“

Der Verein hätte gewünscht, daß Freiherr v. Lüttwig dies auch ohne besondere Erklärung, als sich von selbst verstand, angenommen hätte.

Der constitutionelle Verein in Rantsh.

Die Besprechung der zu nehmenden Maßregeln gegen Bucherer, die trotz der jetzt so nothreichen Zeit ihrer ohnedies geblutet habenden Schuldner mit Treue u. s. w. verfolgen, kann heute Abend nicht stattfinden. Diefelbe ist auf Freitag 8 Uhr Abends festgesetzt. A. L. B. L. B.

Die Schlussversammlung des Subaltern-Beamten-Vereins findet Dienstag d. n. 20. Juni d. im Saale zum deutich-Kaiser statt, wozu die auswärtigen Beamten hierdurch eingeladen werden.

(Eingekandt.)

Lissa, Provinz Posen, 11. Juni 1848.

Entgegnung

auf die in der Breslauer Zeitung vom 6ten d. veröffentlichte Petition an Sr. Majestät den Kön.ig, Behufs Reorganisation des Sammtgroßherzogthums Posen, unter der Bezeichnung „Von Bürgern Lissa's.“

Der Kunde von der polnischen Reorganisation des Großherzogthums Posen hat seiner Zeit ein so allgemeines Interesse erweckt, daß wir ihren Wiederhall in allen Organen des In- und Auslandes, die nur irgend durch die Presse vertreten sind, vernommen haben. Welch' schmerzlichen Eindruck diese aber auch auf den deutschen Theil der Bevölkerung hervorgerufen hat, ist nicht minder in den weitesten Kreisen bekannt geworden. Der Grund einer solchen Besorgniß für die Deutschen mußte das Bewußtsein werden, welche Kämpfe und Krämpfe eine staatliche Ausübung überhaupt zu bestehen habe, bevor sie zu einiger Festigkeit gelange, und dieser Grund fand in einer genaueren und gewissenhaften Kenntniß und Anschauung des polnischen Nationalcharakters und der stauischen Gewohnheiten ein noch größeres Gewicht. — Vergebens hätten wir also durch Jahrhunderte die Kultur hierher verpflanzt, vergebens hätten wir Städte und Dörfer gegründet, vergebens endlich hätten wir hier dem Boden mit deutscher Ausdauer und deutschem Sawaße seine Früchte abzugewinnen gesucht. Eine unreise, wenn auch in ihrem Ursprünge edle Idee, die die Zeit geboren, sollte dies Alles vernichten! — Protestationen gegen diese allgemeine Reorganisation liefen deshalb von allen Seiten aus dem Großherzogthum bei den höchsten Staatsbehörden ein. Auch von der hiesigen durchweg deutschen Bürgererschaft sind in dieser Beziehung erfolgreiche Schritte geschahen, denn auch hier konnte eine neue polnische Reorganisation nicht in's Werk geführt werden, ohne die Gesamtbevölkerung in eine fremde Nationalität hineinzuzwängen. Allgemein bekannt ist es geworden, welche ruhige und gemessene Abfertigung seiner Zeit einem polnischen Emis-sair von den hiesigen Bürgern zu Theil geworden, als er sich ungerufen zum Landrath des Grauslader Kreises aufdringen wollte, und in welcher patriotischer Weise in jener Zeit, selbst bei der nah liegenden Gefahr, daß die Insurgenten dafür Repressalien üben würden, die hiesige Bürgererschaft dennoch ihren echt preußisch-deutschen Sinn offenkundig an den Tag gelegt hat. — Unser gerechter und geliebter Landesvater, so wie das hohe Staatsministerium konnten unmöglich so begründete Wünsche unberücksichtigt lassen. Unserer Sehnsucht danach, durch Einverleibung in den deutschen Bund in unserm Dutschthum für immer gesichert zu bleiben, wurde billiger Weise entsprochen. Wie war es aber auch anders möglich? Magistrat und Stadtverordnete hatten gegen die polnische Reorganisation und für die Verbindung mit Deutschland durch Deputationen und Petitionen zu wirken gesucht, eine mit 800 Unterschriften versehene Petition der Bürger Lissa's bekräftigte die Ansicht der Stadtbehörden, zu den 18 Wahlmännern Lissa's, zu Deputirten und Stellvertretern des Kreises für die National-Versammlung in Berlin und Frankfurt wurden mit beinahe an Einheit gränzender Majorität nur Deutsche gewählt. — Wer hätte glauben sollen, daß die sich so klar ausgesprechende deutsche Gesinnung fernerhin von irgend Jemand hätte angefochten werden können? Zu keiner Zeit haben wir übrigens die Wünsche unserer polnischen Brüder für Reorganisation in Bezug auf diejenigen Landestheile, in denen polnische Nationalität und polnisches Element vorherrschend erscheinen, weder gemißbilligt noch ihnen die erfolgte Gewährung mißgönnt. — Wenn nun bereits früher der hiesige Justiz-Kommissarius St., ein Deutscher von Geburt, um sich dem Klerus gefällig zu zeigen, bemüht war, eine reaktionäre Bewegung zu Gunsten der Polen hervorzuheben, so müssen wir aufrichtig bedauern, daß selbst noch nach diesem mißlungenen Streben, der sonst so vereienstrolche tiefsige Militärarzt Herr Dr. M., Ritter des roth-n Adlerordens, ebenfalls ein Deutscher, keine Scheu trug, seine unpatriotischen Gesinnungen so weit zu betheiligen, daß er sich gegen den Willen der hiesigen Bevölkerung zu einem Schritte dieser Art, zu Gunsten einer Nationalität, die ihn hierfür anzuerkennen und zu eraltirengewußt, mißbrauchen ließ. Er, wie sein obiger Gesinnungsgenosse haben die Meinung Sr. Majestät über die Gesinnung der bei Weitem überwiegenden Mehrheit der hiesigen Bevölkerung durch Proteste und Witschritten zu täuschen gesucht, und wenn sich der allgemeine Volkemille hierfür durch Steinwürfe in die Fensterscheiben und durch eine Kagenmüßel gerächt hat, so sind diese Herren — so sehr vieles Versahren von dem einsichtsvolleren Theile des hiesigen Publikums gemißbilligt wird, für die Aeußerung ihrer undeutschen Gesinnung, wie für ihre unüberlegte Handlungsweise gegen das Interesse der Gesamtbevölkerung immer noch sehr billigen Preises weggenommen. —

Jedenfalls ist fern ähnliche Demonstrationen, die nur von der niederen Volkschichte ausgehen, ein Beweis, wie alle Klassen der Bürger dieser Stadt, selbst die niederen von deutschem Elemente durchdrungen sind, und in einem weniger friedliebenden Dite a's Lissa würden diese Herren ein solches Versahren noch schwerer haben büßen müssen. — Wir würden jedoch die ganze Sache einer Besprechung durch die Organe der Tagespresse nicht gewürdigt haben, wenn nicht die geringe und künstlich geschaffene Partei des Herrn Dr. M. — denn nur als eine solche können wir sie betrachten — es versucht hätte überseits einen Beitrag zur Verwirrung über die allgemeine Meinung der hiesigen Zustände dadurch zu liefern, daß sie ihren jüngsten Protest vom 29. v. M. auch in der Breslauer Zeitung vom 6. d. der Öffentlichkeit übergeben hat. Wir sehen uns zu dieser Berichtigung um so dringender veranlaßt als Dr. M. seine Partei mit der täuschenden Ueberschrift: „Von Bürgern Lissa's“ bezeichnet, und

sein anredendes Vorwort an die deutschen Mitbrüder im Großherzogthum Posen richtet.

Wir erachten es darum im Interesse unserer Sache, um jeder Verdächtigung unserer bereits früher gethanen Schritte zu begegnen, hierdurch zu erklären:

„daß, die, im Verhältnis zu unserer Einwohnerzahl sehr spärlichen Unterschriften jener Partei — der Abfasser jener Schrift erkennt dies selbstständig an, wenn er sagt: „Wir sind wenige an der Zahl u. s. w.“ — weder sämmtlich den Lissaer Bürgern angehören, noch von diesen durchweg freiwillig vollzogen worden sind.“

Um über diese Behauptung keine Zweifel bestehen zu lassen, um andererseits aber auch das reactionäre Bestreben jener amsi die Partei in ihr wahres Licht zu stellen, haben die Bürger und Schutzverwandten hiesigen Ortes unterm 10. d. M. einen Protest an Sr. Majestät den König abgefaßt, und diesen mit gegen 1000 Unterschriften versehen, von hier abgehen lassen. — Hiernach überlassen wir es dem auswärtigen Publikum zu beurtheilen, welche Würdigung derartige Umtriebe und Zeitungs-demonstrationen verdienen, fest entschlossen, auf ähnliche Angriffe in demselben Sinne fernerhin nicht mehr zu antworten.

Der Verein zur Wahrung deutscher Interessen in der Provinz Posen.

An den Deputirten des Schildberger Kreises, Herrn Probst Strubel, Hochhehrwürden, zu Berlin.

Den Brief, welchen Euer Hochhehrwürden ohne Datum an uns gerichtet haben, erhielten wir den 10ten d. M. Sie wünschen in demselben von uns amtliche Auskunft über den Tod eines Mannes, den Sie nicht kennen, der aber, wie Sie gehört haben, von dem preussischen Militär erschossen worden sei. Wir können Ihnen die gewünschte Auskunft geben und geben sie Ihnen öffentlich, damit Sie gegen die Richtigkeit unserer Angaben nicht den leisesten Zweifel hegen können. Der Mann, dessen Tod Sie wahrscheinlich für ein unschuldig Opfer der entfesselten Soldateska halten, hieß Thomas Krawczyk; er war katholisch und polnischer Abkunft. Den 1. Mai d. J. trat er mit einem Siedemesser bewaffnet unter verarmt die Einwohner des Dorfes, forderte zum Aufbruch und zur Ermordung der Deutschen auf. Man entfernte ihn. Indem er aber sein Unweien fortsetzte und zu Thätigkeiten gegen einen Deutschen überging, wurde er endlich von dem anwesenden Militär (Aen Kompagnie 1ten Landw.-Regimente) verhaftet. Obzwar höchst mild behandelt, suchte er dennoch zu entfliehen. Er entkam auch wirklich aus der Wachtstube bis ins Freie und da er dem Anruf der Schildwache, stehen zu bleiben, nicht Folge leistete, so wurde von solcher nach ihm geschossen, jedoch gefehlt, dann von einem Wehrmanne der heimkehrenden Patrouille, dessen Anruf abermals eisiglos blieb, erschossen. Niemand hat diesen Aufrehrer, der noch dabei ein ganz schlechtes Subjekt war, betrauert. — Das ist das Material, welches Euer Hochhehrwürden wahrscheinlich zu einer Interpellation des Kriegs-Ministeriums benutzen wollen. Soll es etwa unschuldig Blut sein, was hier vergossen ist? da empfehlen wir Euer Hochhehrwürden, dem Minister zu gischen, daß Sie durch unsinnige und fanatische Reden, welche Sie in der Kirche und auf dem Markte in Grabow gehalten haben, das Volk jener Geg-nd zum Haße gegen die Deutschen, zum Ungehorsam gegen die Staatsregierung, zur Verweigerung der Abgaben und zu Gewaltthatigkeiten aller Art, und zwar unter den abenteuerlichsten Versprechungen, aufgefordert haben. Gesehen Sie öffentlich, daß Sie sich an die Spitze einer Schaar von 200 Senfemännern und Reitern gesetzt und im Ornat mit den Kirchenfahnen nach Ostrowo gezogen sind. Gesehen Sie, daß Sie nicht allein in Grabow, sondern auch an andern Orten, z. B. in Bufownica, auf dieselbe Art gepredigt und überall behauptet haben, daß die heilige katholische Religion in Gefahr wäre und die preussischen Soldaten in Gemeinschaft mit den Deutschen und Juden die polnischen Geistlichen mordeten und die Kirchen zerstörten. Gesehen Sie, daß Sie und Ihre politischen Freunde gegen den König, gegen den Staat, gegen die Regierung und das preussische Heer die ärgsten Schmähungen und Lügen ausgeflohen haben. Gesehen Sie, daß ein solches Gebahren eine weniger schlaue Kreisverwaltung leicht unmöglich gemacht hätte, und der Minister wird einsehen, daß das Blut befohrter Senfemänner nicht minder wie das der unglücklichen Opfer fanatischer Worbefellen, welche z. B. den Gendarmen Michalski bei Massenau meuchelmörderisch überfielen, wahrhaft unschuldig gewesen. Er wird es einsehen, aber auch die Versammlung wird begreifen, mit welcher Hoffnung wir einen fanatischen Priester und Aufrehrprediger in der National-Versammlung sitzen sehen! Sie wollen unsere Interessen schätzen, das sagen Sie in Ihrem Briefe. Wir danken Ihnen für die gute Absicht, verzichten aber gern darauf. Dazu gehört mehr Intelligenz, Erfahrung und sicherlich mehr gute Gesinnung, als Sie besitzen. So eine Versicherung kann höchstens nur für die einen Werth haben, welchen man bei Ihrer Wahl vorgepiegelt hat, daß in Berlin die Religion vertreten werden müßte. Wir weisen sie entschieden zurück und stellen Ihnen anheim, sie durch Ihre Agenten Ihren Stimmgebern als Gegengeschenk in die Hände zu drücken.

Wir empfehlen uns und bitten, uns nicht mehr mit Briefen zu belästigen. Strzbyn, den 12. Juni 1848. Die Vorsteher der Gemeinde des besagten Orts.

Mit dem innigsten Danke bekennen wir uns heute zum Empfange folgender Geschenke für unsere nothleidenden Mitbrüder: vom Dominio Schlauphof 8 Schfl. Erbsen, vom Dominio Hochkirch 4 Schfl. Erbsen, vom Rektor Gramsch in Wohlau 1 Rthlr., von Fr. v. K. B. in Reifsch bei Hainau 10 Rthlr., vom Frauenverein in Briesg 143 Rthlr. 21 Sgr. 11 Pf., von E. F. in Breslau 1 Rthlr., von F. B. in Breslau 16 Stück Kleidungsstücke, von der Familie B. zu Mültich 1 Rthlr., von J. v. J. (durch Herrn Gütter) 1 Rthlr. und 11 Stück Sachen. — Zugleich verfehlen wir nicht, darauf aufmerksam zu machen, daß Gelder und Sachen unter dem Rubro „Angelegenheit des Vereins zur Unterstützung der Weber und Spinner Schlesiens, portofrei durch Ordre vom 26. März 1844“ portofreiheit genießen, und bitten, uns ferner durch gütige Gaben in den Stand zu setzen, die große Noth lindern zu können, wobei wir uns erlauben, Gaben an Kleibern besonders hervorzuheben. Wüstewaldersdorf, den 13. Juni 1848. Pastor Reimann. G. Alb. Haupt. J. E. Seppelt. Carl Paup.

Oberschlesien, 11. Juni. In Nr. 134 d. Z. giebt ein gewisser Jemand aus Oberschlesien seine Ideen über die den gefallenen Märtyrern zu Ehren von den Abgeordneten veranstaltete Demonstration. Da ja, es giebt solches Volk in den Provinzen, welches wie der Korrespondent denkt, aber seine Ansichten sind darum noch lange nicht die Ansichten des Volkes. Er hat weder den Beruf noch den Auftrag, das Volk zu repräsentiren. Was ihn mit seinem Werke vor die Öffentlichkeit stellt, war wohl nur der Wunsch, den Schmetterlingsflügel seiner Phantasie im Tageslichte schillern zu sehen, sie selbst bewundern zu dürfen. — Was die Ansichten dieses Jemand's über die Berliner Kämpfe am 18. und 19. März d. J. betrifft, so trage ich gar kein Verlangen, dieselben zu ändern, nur wünsche ich zu wissen, wer ihn zur Voraussetzung des Volksgerechtes gemacht hat. Wahrscheinlich er sich selbst, vermöge des jedem Menschen zustehenden unveräußerlichen Vorrechts — der Anma-

hung. Immerhin; die Geschichte jener Tage wird darum nicht anders werden, ob K. in Oberschlesien dieses oder J. in Niederschlesien ein anderes Urtheil darüber fällt. Beide sind Partei, denn sie sind bei den Erfolgen der Revolution mehr oder minder betheiligt, und betrachten die Ereignisse durch die Brille der Selbstsucht. Die Geschichte kann erst hierüber richten, nicht aber ein atkluger Oberschlesier nach einer so kurzen Frist, die nicht genügt, um das Gras über den Gräbern der Erschlagenen wachsen zu lassen. Wenn aber, wie er rühmt, die National-Versammlung auch seiner Ansicht wäre, wenn sie an dem Prinzip feihielte, es als Verbrechen zu betrachten: daß ein Volk in gerechter Entrüstung über Nichterfüllung langjähriger Bitten, wo es fordern durfte, endlich zeigt, daß es auch im Stande sei, das gegen Fug und Recht Vorenthaltene allenfalls gewaltiam zu nehmen; — nun dann werden die Barrikadenkämpfer freilich vor der Hand keine Anerkennung finden; es

wird aber eine Zeit kommen, wo ihnen das Volk dennoch ein Denkmal errichten wird, und zwar auf den Trümmern der Herrlichkeit, die man jetzt in Berlin zu bauen beginnt. Also lieber Landmann nicht zu vorlaut! Es scheinen vielleicht ihrer viel, die bis jetzt gerufen haben: die Berliner März-kämpfe sind nichts als Straßenerceffe gewesen; und weil man sich nicht die Mühe nimmt, zu antworten, denken sie Recht zu haben, und erheben ihre Stimmen um so lauter. Im Chore schreit sich's so gut, und es gehört auch nicht allzuviel Courage dazu. Allein ich bitte nicht zu viel Konsequenzen daraus zu ziehen. Ludwig Philipp sagte auch im Jahre 1833: „ich werde bei meinem Systeme, welches meine pensée immuable ist, stets und unwandelbar beharren;“ und doch hätte er im Februar 1848 seine pensée immuable und wohl noch manches andere System gern geopfert, hätte er sich dadurch seine Krone retten können. K a y s e r.

Theater-Repertoire
Donnerstag: „Der arme Poet.“ Schauspiel in einem Akt von A. v. Rosebue. —
Hierauf: „Der verwunschene Prinz.“ Schwank in 3 Aufzügen von J. v. Pöb. Gochen, Fräulein Genée, vom Stadt-Theater in Danzig, als Gast.
Freitag: „Der Weg durch's Fenster.“ Lustspiel in einem Akt, nach Scribe von W. Friedrich. Gabrielle, Fräulein Genée, vom Stadt-Theater in Danzig, als Gast.
— Hierauf: „Fröhlich.“ Musikalisches Duodilbet in 2 Akten von E. Schneider.

Loose zur Abonnements-Verloosung
sind im Theater-Bureau in den gewöhnlichen Geschäftsstunden zu haben. Der Plan liegt zur Einsicht bereit.

Der Verwaltungs-Ausschuß des hiesigen Stadt-Theaters.
Fr. Kahle. W. Joard. E. Guinand
Verlobungs-Anzeige.
Als Verlobte empfehlen sich:
Pauline Metz,
Ernst Littmann, Conrector.
Salzbrunn und Haynau, d. 11. Juni 1848.

Entbindungs-Anzeige.
Die heute erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Kunigunde, geborene Schramm, von einem gesunden Mädchen, zeige ich, statt besonderer Meldung, entfernten Verwandten und Freunden ergebenst an.
Lewin, am 13. Juni 1848.
M. E. Geisler.

Entbindungs-Anzeige.
Den 13ten Juni wurde meine liebe Frau Anna, geborene Haase, von einem Knaben glücklich entbunden.
Oswald Scholz,
Apotheker zu Leobschütz.

Entbindungs-Anzeige.
Die am 9. Juni erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Henriette, geb. Köhr, von einem gesunden Mädchen, beehre ich mich hierdurch ergebenst anzudeuten.
Hammerstein in West-Preußen.
H. Behrer, OEG-Assessor.

Todes-Anzeige.
Heut Morgen 3 Uhr entriß uns der Tod unser einziges so liebliches Kind Konstanze in dem Alter von 2 Jahr 1 Monat und mit ihm unser ganzes Erdengück! Allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten widmen statt jeder besondern Meldung diese traurige Anzeige und bitten um stille Theilnahme:
Karl Moriz Winkler,
Konstanze Winkler,
geb. Pompejus.
Breslau, den 12. Juni 1848.

Todes-Anzeige.
Gestern früh starb unser lieber Sohn Georg an Krämpfen. Tief betrübt widmen wir diese Anzeige allen Verwandten und Freunden, statt besondrer Meldung.
Breslau, den 14. Juni 1848.
G. Felsmann und Frau.

Cirque Olympique.
Morgen Donnerstag den 15., letzte große Vorstellung, zum Benefiz des Herrn Galdi.
N. Guerra.
Sollte man nicht der National-Versammlung eine Petition einreichen können: daß man künftig nicht mehr in der 4. Klasse der Lotterie total durchfallen könnte? —
Den anonymen Schreiber, d. r. mich den Sten d. Mts. vor das Gashaus „zur Stadt Kachen“ bestellte, eruche ich, da ich wegen des zu spät an mich gelangten Schreibens nicht zur Zeit erschien, mir gütigst die wichtige Mittheilung gegen strenge Discretion per Adresse D. K. poste restante in Reichthal zu machen.
D. K.

Heiraths-Anerbieten.
Ein Mann in gesezten Jahren, welcher durch sein Gewerbe so viel verdient, um eine Frau ernähren zu können, sucht eine seinem Alter angemessene Lebensgefährtin. Portofreie Gegenanerbietungen werden unter der Adresse: F. F. Breslau, poste restante, erbeten und die strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Volls-Bewaffnung.
Bei Mathieur in Köln ist so eben erschienen und in der Buchhandlung von G. P. Aderholz in Breslau, Ring- und Stoccaffen-Geke Nr. 53, zu haben:
Ausführliche Anweisung zu den Waffenübungen der Bürgergarde zu Fuß, nach dem Exercierreglement vom J. 1847, zunächst zur Selbstbelehrung, mit 1 Steinbruck-Tafel. 2te Aufl. 10 S. Preis 4 Sgr.

Sowohl unsern vollständigen **Musikalien-Verh.-Institut**, als auch der reichhaltigen deutschen, französischen und englischen **Lesebibliothek** können täglich neue Theilnehmer unter den billigsten Bedingungen beitreten.
F. G. C. Veuckart in Breslau.
Kurfürstendammstraße 13, Ecke der Schubbrücke.

Glückliche Operation des Blasensteins an einem Wallach.
Der Hr. Thierarzt Snerich der 2ten Escadron 1sten Ulanen-Regiments hat mit sicherer und gewandter Hand diese Operation an meinem Pferde unternommen und dasselbe von einem Steine befreit, der 5 Loth schwer, in der Größe eines kleinen Hühneris war und zwar ohne Hülfe eines Katheters. Als in Folge dessen, durch eine Urin-Insfiltration, der kalte Brand eintrat, hat Hr. Snerich mit vieler Umsicht auch dieses große Uebel beseitigt und sich überhaupt bei der ganzen Kur eben so geschickt wie ausgezeichnet thätig benommen. Diese öffentliche Anerkennung glaube ich seiner großen Geschicklichkeit und Thätigkeit schuldig zu sein.
Fogorzella, den 12. Juni 1848.
Graf Vöttichau,
Major und Kommandeur des Füsilier-Bataillons 8ten Infanterie-Regiments (Leib-Infanterie-Regiments.)

Frachtgüter
nach der Staffhart Glaz und den umliegenden Badeorten werden täglich von mir billigt besorgt. — Gleichzeitig empfehle ich meinen Gasthof **zum rothen Hirsch** am Ober-Ring, Siiberberger-Strassen-Ecke, zur geneigten Beachtung.
Frankenstein. Alex. S. Sachs.

Einige Tausend Thaler
werden auf eine ländliche, zum Theil erst aufgebaute, Besitzung, die sich ganz nahe an Breslau befindet, geucht; sie werden weit unter der ersten Hälfte der gerichtlichen Ertrags-Laxe hypothekarisch eingetragen, stehen nicht allein innerhalb der Laxe des materiellen Werthes, sondern auch der, der Feuer-Affekuranz. Außerdem werden die dazu gehörigen Aecker für Zinsen und Kapital zugleich mit verpfändet. Das Nähere in Breslau, Ring Nr. 33, im ersten Stock, vorn heraus.

Gefunden
wurde am 10. d. Mts. auf dem Niederschl.-Märktischen Bahnhofe zu Breslau eine Börse mit Geld. Derjenige, welcher sich als Eigenthümer legitimirt, kann dieselbe mit deren Inhalte, gegen Erstattung der Insertions-Gebühren, in Empfang nehmen durch den Schullhrer Wagner zu Lissa bei Breslau.

On offre à une Demoiselle, née française l'emplacement pour Bonne, dans le cercle d'une famille, demeurant à la campagne. On lui assure l'appointement de cent écus, et ce traitement maternel et amical qui doit l'attacher avec le plus vive intérêt à deux petits orphelins, qu'elle aura à soigner. En s'adressant franco sous l'adresse, R. O. Liegnitz poste restante, elle joindra les certificats qui attestent sa conduite morale, et son caractère doux et aimable.

Der hier am Markte belegene, sehr bequem eingerichtete **Gasthof zum Nantenkranz** wird am 26. Juni d. J. an hiesiger Gerichts-stelle öffentlich verkauft. Kaufsüchtige werden hierauf unter Bezugnahme auf die bereits erlassenen gerichtlichen Bekanntmachungen nochmals besonders aufmerksam gemacht.
Liegnitz, 1. Juni 1848.

Billige Wohnungen
sind zu vermieten Kleinburgerstraße im dritten Hause hinter der Accise rechts.

Heute erscheint Nr. 6 der „Evangel. Zeitblätter“
herausgegeben von Senior Krause, Archidiaconus zu St. Bernhardin in Breslau.
Inhalt: Kirche und Schule. — Einige Bemerkungen zu gutachtlichen Keuferungen zc. von W. Böhmer. — Kirchliche Nachrichten (Berlin, Breslau, Königsberg, bairische Pfalz, Frankreich). Die Verlagshandlung **Graf, Barth und Comp.** in Breslau.

Ankündigung.
Pariser Deutsche Abend-Zeitung.
(Bureau der Redaction: Avenue Châteaubriand, 4.)

Diese Zeitung, welche seit dem 24. Mai d. J. regelmäßig wöchentlich zwei Mal (Mittwoch und Sonnabend) in Paris erschienen ist, hat in wenig Wochen eine so günstige Aufnahme und ein so zahlreiches Abonnement erlangt, daß wir dadurch in den Stand gesetzt worden sind, ohne Erhöhung des Abonnementspreises diese Zeitung vom 1. Juli an täglich erscheinen zu lassen.
Der Abonnementspreis beträgt für das Ausland vierteljährlich 12 Franken. — Alle resp. Postämter und Buchhandlungen nehmen Bestellungen darauf an, die wir sobald als möglich zu bewirken bitten, da bei Verspätung derselben alle Nummern nachzuliefern nicht garantirt werden kann. — Inserate werden für den Raum einer Zeile mit 25 Centimen berechnet, und alle Zusendungen an die Redaction franco erbeten.
Unser Wirken und unser Streben ist der Wahrheit, dem Recht und dem Fortschritt geweiht. In erster und würdiger Sprache, aber offen und freimüthig, besprechen wir:

1. Alle politischen Angelegenheiten, um wo möglich ein treues Bild der Zustände aller Länder zu geben.
 2. Liefern wir Skizzen aus dem wahren Leben.
 3. Authentische Berichte über wichtige Tagesereignisse, die uns bei unserer außerordentlichen und ausgedehnten Verbindung besonders schnell zukommen.
 4. Die Resultate der Pariser National-Versammlung und des deutschen Parlaments.
 5. Unter der Rubrik „Verschiedenes“ bemerkenswerthe Notizen.
 6. In einem besonderen Feuilleton die vorzüglichsten Novellen, Erzählungen, Biographien, Berichte aus dem Gebiete der Literatur, Kunst und Wissenschaft.
- Die Redaction wird überhaupt sich ernstlich bestreben, die Erwartungen und das Vertrauen ihrer geehrten Abonnenten zu rechtfertigen und ihren Obliegenheiten in jeder Beziehung nachzukommen. — Gediegene Beiträge, welche der Tendenz dieses Blattes entsprechen, so wie der Wahrheit getreue Berichte über interessante Tagesereignisse werden wir annehmen und auf das Anständigste honoriren.
Paris den 6. Juni 1848.

Administration und Redaction der Pariser Deutschen Abend-Zeitung, Avenue Châteaubriand, 4.
Anmerk. Bei außerordentlich wichtigen Begebenheiten in der französischen Republik werden wir unsern geehrten Abonnenten ein „Extra-blatt“ sofort per post gratis nachsenden.

Einladung zum Abonnement auf die National-Zeitung.
Redaktion: A. Nutenberg, F. Zabel.
Redakteur des Feuilleton: Th. Mügge.
(Berlin, Duncker u. Humblot).



Die National-Zeitung beginnt im Monat Juli ihr zweites Quartal und wird täglich des Morgens in 1 bis 2 Bogen gr. Folio erscheinen. Auswärtige belieben sich behufs des Abonnements an die nächste Postanstalt zu wenden. Der vierteljährliche Preis für die National-Zeitung beträgt außerhalb Berlins für alle Orte des preussischen Staates 2 Ntr. inclusive des Porto-Aufschlages.

Bürger-Versorgungs-Anstalt.
General-Versammlung der stimmfähigen Mitglieder nach § 27 der Statuten zur Vorlegung der Jahres-Rechnung und zur Wahl der ausscheidenden Mitglieder des Vorstandes und der Stellvertreter, **Dinstag den 20. Juni d. J. Nachmittags 3 Uhr** auf dem Fürsten-Saale.
Breslau, den 8. Juni 1848.
Der Vorstand.

Gustav-Adolph-Stiftung.
Die Abwesenheit mehrerer Mitglieder des Vorstandes und des Vereinsrathes veranlaßt uns, die **General-Versammlung** unseres Hauptvereins, welche am 21. Juni d. J. stattfinden sollte, bis auf Weiteres zu verschieben.
Wegen der großen Noth vieler unserer Glaubensgenossen und zur vollständigen Gewährung der bereits früher zugesagten Unterstützungen bitten wir aber dringend, in der brüderlichen Liebe nicht zu erkalten und so schwer die Zeit auch ist, uns reichliche Beiträge zuzusenden.
Der Jahresbericht für 1847 wird binnen Kurzem ausgegeben werden.
Breslau, den 10. Juni 1848.

Der Vorstand des schlesischen Hauptvereins der Gustav-Adolph-Stiftung.
Dreizähriges Fabrikat. Haarerzeugendes grünes Kräuteröl.

Ueberall anerkannt für das einzig und allein wahrhaft wirksame und zweckmäßige Mittel, sowohl auf gänzlich kahlen Stellen des Kopfes Haare zu erzeugen, als auch das Ausfallen und Ergrauen zu hindern.
Preis à Flacon 25 Sgr.
Für Breslau allein echt zu haben bei
A. G. Aubert, Bischofsstraße Stadt Rom.



Barinas-Canaster in Blättern,
alte wurmfressige Waare, leicht und von angenehmen Geruch, verkauft das Pfund mit 12 Sgr., 5 Pfund mit 1 1/2 Ntrl.
S. G. Schwarz, Dhlauerstraße Nr. 21.

In Folge beantragten Aufgebots nachstehender, angelegl getilgter hypothekarisch eingetragenen Posten:

- 1) der laut Instrument vom 4. November 1755 für die Christoph Müllerischen Erben auf der Leinwandstraße Nr 20 hier selbst Rubrica III. Nr. 1 eingetragenen 83 Thlr. Schl. 12 Sgr.
2) der auf Grund des Cession-Instrumentes vom 29. Juli 1819 für die Susanne Leonore verw. Scholz geb. Junggebauer auf dem Grundstück Nr. 51 Weißgerberstraße (früher Nr. 74 Töpferasse) Rubr. III. Nr. 6 eingetragenen 2000 Thlr. als der Rest der zufolge Schuldverschreibung von 30. Debr. 1802 ursprünglich für den Kaufmann Johann Georg Schmidt auf dem Grundstück haftenden 4000 Thlr. Darlehn;
3) der auf Grund der Erbfindung vom 30. Septbr. 1788 für Johann Gottlieb Rassel auf dem Grundstück Nr. 48 Klosterstraße Rubr. III. Nr. 3 eingetragenen 91 Thlr. 28 Sgr. 1 1/2 Pf. mütterliche Erbgebelder;
4) der auf Grund der Erbfindung vom 31. Januar 1801 für Johann Gottlieb, Maria Rosine und Maria Elisabeth Geschwister Rassel auf demselben Grundstück Rubr. III. Nr. 3, für jedes mit 22 Thlr. 13 Sgr. 1 1/4 Pf. eingetragenen 67 Thlr. 9 Sgr. 3 1/2 Pf. väterliche Erbtheil;
5) der auf Grund der Erbfindung vom 8. Oktober 1807 auf demselben Grundstück Rubr. III. Nr. 6 für Anna Maria und Maria Elisabeth Geschwister Rassel, für jede mit 9 Thlr. 4 Sgr. 4 1/2 Pf. eingetragenen 18 Thlr. 8 Sgr. 8 1/2 Pf. brüderliche Erbtheile;
6) der früher auf dem Grundstück Nr. 15 Tauenzienstraße Rubr. III. Nr. 3, jetzt auf dem von diesem Grundstück abgetrennten in der Turmstraße gelegenen Theile Rubr. III. Nr. 3 auf Grund des Auktions-Protokolls vom 30. April 1813 vorläufig bis zur Befestigung der Widersprüche zwischen dem gedachten Auktions-Protokolle und der später von der Beisitzerin Reym verehel. Kippke producirten Duitzung eingetragenen 48 Rthlr. 27 Sgr. zur Abpflückung der Pächtermasse schuldigen Pachtzinses.
7) derjenigen 30 Rthlr., welche auf dem Grundstück Nr. 6 am Lehmamme Rubr. III. Nr. 2 noch als Rest der 422 Rthlr. 8 Sgr. 4 Pf. haften, welche mit 84 Rthlr. 9 Sgr. 7 Pf. für den Christoph Wetter und mit 337 Rthlr. 28 Sgr. 9 Pf. für die Geschwister Glas auf Grund der Erbtheilung vom 22. April 1793 für die genannten Interessenten als ihr Erbtheil an dem Nachlasse der Barbara Elisabeth verwittw. Glas verehel. Wetter geb. Kurz eingetragen worden sind,

werden die als solche genannten eingetragenen Gläubiger und deren Erben, Cessionarien oder die sonst in ihre Rechte getreten sind und alle diejenigen, welche an diese Posten und die darüber ausgefertigten Instrumente als Eigentümer, Cessionarien, Pächter oder sonstige Besitzhaber Ansprüche zu machen haben, zur Anmeldung dieser Letztern zu einem Termine auf den 14. Juli 1848, Vormittags 9 Uhr vor dem Herrn Stadtgerichts-Rath Schmidt in unserm Parteien-Zimmer unter der Warnung vorgeladen, daß bei ihrem Ausbleiben die gedachten Posten im Hypothekbuche werden gelöscht werden. Breslau, den 28. März 1848. Königl. Stadt-Gericht. II. Abtheilung.

Subhastations-Bekanntmachung. Zum notwendigen Verkaufe des hier selbst auf der Tauenzienstraße Nr. 31 b. belegenen, dem Maurermeister Wilhelm Alexander Herrmann Bothe gehörigen, auf 15,888 Rthlr. 24 Sgr. 4 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin auf den 15. Novbr. 1848 Vorm. 11 Uhr vor dem Herrn Stadtgerichts-Rath Schmidt in unserm Parteien-Zimmer anberaumt. Tare und Hypothekenschein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden. Breslau, den 12. April 1848. Königl. Stadt-Gericht. II. Abtheilung.

Subhastations-Bekanntmachung. Zum notwendigen Verkaufe des des Schiffes Franz Försterschen Erben gehörigen, auf 47 Rthlr. 15 Sgr. geschätzten Oberkahns III. 491, haben wir einen Termin auf den 24. Juni 1848, Vorm. 11 Uhr, vor dem Herrn Oberlandesgerichts-Assessor Kieseling in unserm Parteien-Zimmer anberaumt. Tare und Hypothekenschein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden. Zugleich werden zu diesem Termin die unbekanntesten Schiffsgläubiger bei Vermeidung der Ausschließung mit ihren Ansprüchen hierdurch vorgeladen. Breslau, den 2. Mai 1848. Königl. Stadt-Gericht. II. Abtheilung.

Subhastations-Bekanntmachung. Zum notwendigen Verkaufe des hier selbst Nr. 44 der Altbüßer-Straße belegenen, dem Drechslermeister Johann Friedrich Ferdinand Brachvogel, jetzt dessen Erben gehörigen, auf 2034 Rthlr. 14 Sgr. 11 Pf. geschätzten Hauses, haben wir einen Termin auf den 1. September 1848 Vormittags 10 Uhr vor dem Herrn Stadtgerichts-Rath

Schmidt in unserm Parteien-Zimmer anberaumt. Tare und Hypothekenschein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden. Zu diesem Termine werden die unbekanntesten Realpräcedenten unter der Warnung der Ausschließung mit ihren Ansprüchen hierdurch vorgeladen. Breslau, 6. April 1848. Königl. Stadtgericht. II. Abtheil.

Öffentliche Vorladung. Alle diejenigen, welche an folgende Spar-Kassenbücher: 1. Nr. 11,551 B. über 50 Rthl. für die Dorothea Kanig ausgestellt und von derselben angelegl verloren; 2. Nr. 10,853 B. über 45 Rthl. für Johannes Neumann ausgestellt und von dem Steinsegergehilfen Gottlieb Wal-Lor angelegl verloren; 3. Nr. 14,122 B. über 100 Rthl. für Gottlieb Zukunft ausgestellt und demselben angelegl verbrannt; 4. Nr. 19,272 über 11 Rthl. für Marie Duttken ausgestellt und derselben angelegl verloren gegangen; irgend ein Anrecht zu haben vermeinen, werden hiermit aufgefordert, sich bei uns und zwar spätestens in dem auf den 13. Juli d. J. früh 9 Uhr vor dem Herrn Stadtgerichts-Rath Schmidt in unserm Parteien-Zimmer angelegl Termine mit ihren Ansprüchen zu melden und dieselben gehörig nachzuweisen, widrigenfalls jedes dieser Spar-Kassenbücher für erloschen erklärt und den Verlierern ein neues ausgefertigt werden wird. Breslau, 27. März 1848. Königl. Stadtgericht. II. Abtheilung.

Öffentliche Vorladung. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Friedrich Krügermann aus Breslau ist der Konkurs-Prozess eröffnet, und ein Termin zur Anmeldung und Nachweisung der Ansprüche aller unbekanntesten Gläubiger auf den 17. August Vormittags 10 Uhr vor dem Herrn Professor Bonzalla in unserm Parteien-Zimmer anberaumt worden. Wer sich in diesem Termine nicht meldet, wird mit seinen Ansprüchen an die Masse ausgeschlossen und ihm deshalb gegen die übrigen Gläubiger ein ewiges Stillschweigen auferlegt werden. Breslau, den 29. April 1848. Königl. Stadtgericht. II. Abtheilung.

Das den Loofert'schen Eheleuten gehörige, sub Nr. 274 hier selbst gelegene, auf 234 Rthl. abgeschätzte Haus, soll am 21. September d. J. Vorm. 11 Uhr an hiesiger Gerichtsstelle subhastirt werden. Tare und Hypothekenschein sind in der Registratur einzusehen. Strehlen, 19. Mai 1848. Königl. Land- und Stadtgericht.

Nothwendige Subhastation. Das dem Johann Teugott Gründer gehörige Bauergut zu Penzig Nr. 64, auf 7800 Rthlr. 2 Sgr. gerichtlich abgeschätzt, soll am 19. Oktober 1848, von Vormittags 11 Uhr ab, an hiesiger Gerichtsstelle an den Meistbietenden verkauft werden. Der neueste Hypothekenschein, die Tare und die Verkaufsbedingungen sind in unserer Kanzleiabtheilung III. einzusehen. Görlitz, den 1. April 1848. Königl. Land- und Stadt-Gericht.

Bekanntmachung. Zur anderweitigen Verpachtung der Jagden auf den zusammenhängenden Feldmarken Conradswaldau, Pampitz und Laugwitz (Wiegler Kreises) ist der Auktions-Termin auf den 26. Juni d. J. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des hiesigen Stifts-Amtes anberaumt, und werden Pachtlustige dazu mit dem Bemerkten eingeladen, daß die Bedingungen daselbst eingesehen werden können. Briesg, den 10. Juni 1848. Die k. Stifts-Amts-Administration.

Der Wiederaufbau des abgebrannten evangelischen Schulhauses in Salsanz, Nr. Breslau, soll an den Mindestfordernden Bedingungen werden. Hierzu wird ein Citations-Termin am 24. d. Mts., Vormittags um 10 Uhr, im hiesigen königl. Landrats-Amte abgehalten werden. — Kosten-Anschlag, Zeichnungen und Bedingungen liegen daselbst zur Einsicht bereit. Breslau, den 9. Juni 1848. Zahn, Bau-Inspktor.

Wein-Auktion. Am 16. d. M. Vorm. 10 Uhr sollen in Nr. 42 Breitestraße eine Partie Rhein-, Roth-, Champagner und Ungar-Weine versteigert werden. Mannig, Auktions-Kommiss.

Am 16. d. M. Nachm. 2 Uhr sollen in Nr. 42 Breitestraße eine Partie abgelagerter Cigarren versteigert werden. Mannig, Auktions-Kommiss.

Mehrere Mitglieder des Concert-Vereins, welcher Dienstags im blauen Hirsch statt fand, fordern das Directorium auf, sofort Rechnung zu legen und die im vorigen Winter verbliebenen Angelegenheiten zu reguliren.

Solinger Hirschfänger, zum Aufstecken auf Büchsen, sind wieder eine Sendung eingetroffen; auch werden die Haken an Büchsen angemacht und die Hirschfänger aufgepaßt bei Persch und Richter, zur Kornecke am Ringe. Zwei gut gelegene offene Gewölbe sind zu vermieten. Das Nähere Elisabeth-Straße Nr. 11 in der Tuchhandlung.

Weiß-Garten. Donnerstag Großes Abend-Concert der Breslauer Musikgesellschaft. Anfang 7 Uhr. Großes Schlacht- und Brillant-Feuerwerk.

Liebich's Garten, heute, den 15. Juni, großes Nachmitt.-u. Abend-Concert der Breslauer Theater-Kapelle. In der zweiten Abtheilung Symphonie von J. Haydn (B-dur.) Ouvertüre zu Egmont von Beethoven. Anfang 4 Uhr.

Eine Erziehlerin sucht ein Engagement in einem katholischen Hause. Herrschaften, welche hierauf reflectiren, wollen das Nähere erfragen bei: Prof. d. Theol. Pohl II., Breslau, im Universitätsgebäude.

Zittauer Bier-Halle. Heute musikalische Abend-Unterhaltung durch die Geschwister Fischer.

Messinaer Citronen, in Kisten als auch ausgepackt, empfehlen billigst Gebrüder Friederici, Dhlauer Straße Nr. 6, zur Hoffnung.

Agues-Cigarren, leicht und angenehm im Rauchen, 100 Stück 1 Rthl., 12 Stück 4 Sgr.

Florida-Cigarren, kräftig und von gutem Geschmack, 100 Stück 1 Rthl., 12 Stück 4 Sgr.

Beide Sorten sind vollkommen abgelagert und empfehle solche zur besonderen Beachtung. S. G. Schwarz, Dhlauerstraße 21.

Verloren wurde auf dem Bissauer Bahnhofe ein Kinder-Jäckchen von schwarzer Seide mit rosa Futter. Um gütige Rückgabe wird gebeten: Tauenzienstraße Nr. 66.

Ein in gutem Bauzustande sich befindendes Haus, auf einer der belebtesten Hauptstraßen, ist unter billigen Bedingungen wegen Veränderung des Domicils sofort zu verkaufen. Näheres zu erfahren bei G. Schabacker, Nikolaistraße 20.

In der Leipziger Bäckerei ist täglich früh 8 Uhr warmer Speck- und Zwiebelfuchen zu haben. W. Bernhardt, gr. Groschengasse 3.

Eine Restauration oder eine sonst passende Gelegenheit wird bald oder von Johannis d. J. ab zu rachen gesucht; Anmeldungen können bei G. Strauch, Friedrich-Wilhelms-Straße Nr. 1 abgegeben werden.

Die Bierel-Loose Nr. 25876 Litt. e. d. sind den Spielern abhanden gekommen. Ich warne vor dem Ankauf derselben. Hultschin, den 10. Juni 1848.

W. Breitenfeld, Lotterie-Unter-Einnehmer. Schweizer Sahntafe, in fetter und weicher Qualität, das Stück (circa 2 Pfund) a 10 Sgr., offerirt: S. G. Schwarz, Dhlauerstr. Nr. 21.

Breslau, den 14. Juni 1848. (Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Course: Holl. Rand-Duf. 96 1/2 Br. Kaiserl. Duf. 96 1/2 Br. Friedrichsd'or 113 1/2 Br. Louisd'or 112 1/2 Br. poln. Cour. 88 1/4 Sld. Dester. Bankn. 88 1/2 Br. Staats-Sch.-Sch. per 100 Rtl. 3 1/2 0 69 1/2 Br. Großherz. Pos. Pfandbr. 4 0 86 1/2 Sld., neue 3 1/2 0 75 1/4 Br. Schles. Pfdbr. a 1000 Rtl. 3 1/2 0 89 Br., Lit. B. a 1000 Rtl. 4 0 89 1/2 Br. Alte polnische Pfandbrieife 4 0 82 1/2 Br., neue 82 1/2 Br. Eisenbahn-Aktien: Bresl.-Schw.-Freib. 4 0 12 Br. Oberschlesische Litt. A. 3 1/2 0 69 1/2 Sld. Köln-Mindener 3 1/2 0 65 1/4 Br. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 3 1/2 0 Sld.

(Börsen-Bericht.) Geld- und Fonds-Course und Fonds. Holl. u. Kaiserl. vollw. Duf. 96 1/2 Br. Friedrichsd'or 113 1/2 Br. Louisd'or, vollw. 112 1/2 Sld. Poln. Papiergeld 88 1/2 Sld. Dester. Bankn. 88 1/2 Br. Staats-Sch.-Sch. 3 1/2 0 69 1/2 bez., kleine Appoints über Notiz bez. Seehandl.-Präm.-Sch. a 50 Rtl. 82 Sld. Bresl. Stadt-Oblig. 3 1/2 0 92 Br. pos. Pfandbr. 4 0 86 1/2 bez., 3 1/2 0 74 1/2 bez. Schles. Pfdbr. 3 1/2 0 89 Br., Lit. B. 4 0 89 Br., 3 1/2 0 76 1/2 Br. Poln. Pfdbr. 4 0 alte 82 1/2 Br., 4 0 neue 82 1/2 Br. — Eisenbahn-Aktien: Oberschlesische Litt. A. 3 1/2 0 70 Sld., Prior. 4 0 76 Sld., Litt. B. 3 1/2 0 70 Sld. Breslau-Schweidn.-Freib. 4 0 71 1/2 bez. u. Br., Prior. 4 0 75 Sld. Niederschl.-Marf. 3 1/2 0 62 1/2 Br., Prior. 5 0 85 Sld., Ser. III. 80 Br. Dtl.-Rhein. (Köln-Minden) 3 1/2 0 65 Br. Krakau-Oberchl. 4 0 30 Sld. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 4 0 31 1/2 — 1/2 bez.

Coursbericht. Berlin, den 13. Juni. Eisenbahn-Aktien: Köln-Minden 3 1/2 0 65 bez. u. Br., Prior. 4 1/2 0 79 Sld. Krakau-Oberchl. 4 0 2 1/2 bez., Niederschl. 3 1/2 0 62 1/2 bez. u. Br., Prior. 5 0 85 Sld. Oberchl. Litt. A. 3 1/2 0 70 bez., Litt. B. 3 1/2 0 70 bez. Rheinische 46 Br. 45 1/2 Sld., Prior. 4 0 54 1/2 Br. — Duitzungsbogen: Nordbahn (Frei-Wilh.) 31 1/2 Br. 1/2 Sld. Posen-Stargard 51 bez. u. Br. — Fonds- und Geld-Course: Staats-Schuld-Sch. 3 1/2 0 etw. bez. Ser. Sch.-Präm.-Sch. a 50 Rtl. 84 1/2 bez. Pos. Pfandbr. 4 0 86 Sld., neue 3 1/2 0 74 1/2 bez. Friedrichsd'or 113 1/2 bez. Louisd'or 113 bez. Poln. Pfandbrieife 4 0 alte 82 Br., neue 82 Br.

Donnerstag den 15. Juni 1848.

Beschlussfassung

des Zweig-Vereins in Glogau, für die Hebung der Baugewerke, welcher sich am 12. Juni d. J. constituirt hat.

Dieser Beschlussfassung waren die nachstehenden Vorschläge zum Grunde gelegt und die Entscheidung über dieselben ist in dem beigefügten, am Tage der Versammlung aufgenommenen, Protokolle ausgesprochen.

Vorschläge

zu einer Petition an die preussische Nationalversammlung, durch Vermittelung des in Dhlau constituirten Komite's vom Bauhandwerker-Verein der Provinz Schlesien und Vorschläge zur Feststellung von Innungs-Artikeln.

A. Vorschläge für die Petition an die National-Versammlung.

1. Gänzliche Aufhebung der bisher an Fickmaurer und Zimmerleute ausgegebenen sogenannten Arbeitskarten.
2. Unbedingte Ausschließung aller nicht als Maurer- oder Zimmermeister geprüften Individuen von Uebernahme von Bauten.
3. Aufhebung der Verdingung von Staats- und Privatbauten im Wege der Lizitation, so wie Abschaffung der bisher üblich gewesenen Erlöschung einer Kautions Seitens des Bau-Unternehmers.
4. Herstellung von Innungen in allen Kreisstädten, Entwerfung vollständiger Innungsartikel unter Genehmigung der Landesbehörde, wobei zur besonderen Bedingung der Zwang der Meister zum Beitritt gemacht werden muß.
5. Bestellung von vereideten Kommissionen in den Kreisstädten, welche nächst einem Staats-Baubeamten aus Meistern jeglichen Bau-Gewerkes bestehen und die die Abnahme von Staats- und Privat-Bauten zu bewirken haben, auch zu Entscheidungen durch sachverständiges Gutachten in Prozeß-Angelegenheiten als kompetent zu erachten sind.
6. Aufhebung der, besonders in Festungen von den Militärbehörden eingeführten Maßnahmen, Bauten und Reparaturen von Militärs oder Straf-gefangenen ausführen zu lassen.
7. Aufhebung der Bestimmung, daß die Examen für den Staatsdienst von den Schulzeugnissen abhängig gemacht werden, weil es im Geschäftsleben nicht auf Theorie, sondern auf Praxis ankommt, daher Abänderung der Prüfungsgesetze.
8. Abänderung der Verordnung für die Prüfung der Maurer- oder Zimmermeister dahin, daß die Kandidaten nachweisen müssen, wenigstens 5 Jahre als Geselle (nicht als Aufseher) gearbeitet zu haben.
9. Nach Lage der Dortschaften muß die Feststellung der Tagelöhne für die Tagelöhner Maurer, und Zimmergesellen sowie des Meistergeldes, auch die Feststellung von Preistabellen für Accordbauten und die Festsetzung der Reise-Diäten für die Meister geschehen.

B. Vorschläge zur Feststellung von Innungs-Artikeln, und zur Einleitung für die Entwerfung derselben.

- 1) Am Tage der General-Versammlung von dem Dhlauer Hauptvereine dürste eine Commission gewählt werden, welche mit Zuziehung von Gesellen einen Entwurf der Statuten für die zu constituirenden Gesellen-Vereine ausarbeitet, und der einem Ausschusse zur Begutachtung resp. Feststellung vorgelegt werden soll, um sodann die Anerkennung der Staatsbehörden auswirken zu können.
- 2) Die Gesellen müssen sich sämtlich den in den Kreisstädten zu constituirenden Gesellen-Vereinen anschließen und sich den zum Grunde gelegten Statuten fügen.
- 3) Einrichtungen von Innungs-Kassen zur Unterstützung arbeitsunfähiger und verunglückter Meister und Gesellen.
- 4) Ausbildung der Lehrlinge durch Feststellung der Lehrjahre und Prüfung ihrer Kenntnisse ehe sie freigesprochen werden.
- 5) Feststellung von Disciplinarstrafen für Meister, welche an einen Gesellen zu gleicher Zeit mehr

Legitimationscheine als einen erteilen oder fingirte Contracte zu Tage fördern.

- 6) Feststellung eines Schieds- oder Ehrengerichts, welches bei etwaigen Uebertretungen der Innungs-Verordnungen, die Strafen festzusetzen resp. Streitigkeiten beizulegen hat.
- 7) Wahl der Altmeister, Kassensführer und Protokollführer auf einen bestimmten Zeitraum.
- 8) Specielle Feststellung der Obliegenheiten der Altmeister und Protokollführer.

C. Generelle Vorschläge.

- 1) Schließlich erscheint es als nothwendig, daß alljährlich einmal eine General-Versammlung sämtlicher Meister in Schlesien in einem von dem Haupt-Vereine zu bestimmenden Orte, zur Berathung von Mittelsangelegenheiten, stattfindet.
- 2) Ebenso ist zu veranlassen, daß die heutige Beschlussfassung sofort dem Haupt-Vereine mit der Erklärung des Anschlusses von dem heute provisorisch gebildeten Zweig-Vereine, mitgetheilt wird, um diesen Entwurf am Tage der General-Versammlung zur Berathung zu ziehen.
- 3) Zur Aufmunterung aller dem Haupt-Vereine in Dhlau noch nicht beigetretenen Mittelmeister dürste es der guten Sache förderlich sein, daß die heutige Beschlussfassung in der Breslauer Zeitung veröffentlicht wird.

Ein gemeinsames Wirken ist ein Kräftiges.
Glogau, den 12. Juni 1848.

Verhandelt: Glogau, den 12. Juni 1848.

Nachdem die unterzeichneten Maurer- und Zimmermeister sich am heutigen Tage zu einer Conferenz für die Berathung von Mittelsangelegenheiten hier im weißen Hause versammelt hatten, wurden nach Eröffnung der Sitzung die Vorschläge, welche sich in der Anlage befinden vorgelesen, und sodann zur Berathung und Beschlussfassung über jeden einzelnen Punkt geschritten. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß die Vorschläge getrennt und zwar in der Weise zur Berathung kommen, wie dies im Entwurfe geschehen ist. Die Beschlussfassung erfolgte folgendermaßen:

A. Vorschläge für die Petition an die National-Versammlung.

ad 1 wird angenommen.

Gründe. Durch diese Berechtigung ist den Flickarbeitern ein zu großes Feld geöffnet, welches sie zu Uebergriffen benutzen.

ad 2 wird angenommen.

Gründe. Die Uebernahme von Bauten kann nur im Interesse der Sache selbst, also auch in dem der Bauherren zu handeln nur allein von approbirten Maurer- und Zimmermeistern geschehen; — abgesehen davon, daß die geprüften Meister sich bisher solchen Luten in die Hände geben mußten, welche ihres Vermögens wegen Bauten zu übernehmen im Stande waren, so mußten sich die minder bemittelten Meister auch von jenen Entrepreneurs drücken und vielfach in Armuth setzen lassen.

Die nicht qualifizirten Bauunternehmer machten es sich bisher zum Gewerbe viel Bauten zu übernehmen und sie unter den bedrückendsten Bedingungen zu ihrem eigenen Vortheil ausführen zu lassen, wodurch noch außer dem oben Gesagten, der Arbeiterstand in seinem Broderwerbe sehr geschmälert wurde.

ad 3 wird mit dem Hinzufügen angenommen, daß auch Submissionen bei Bauverdingungen ausgeschlossen werden, und daß statt der vorgeschlagenen Abschaffung der Caution eine mäßige Erlöschung derselben als wie es bisher geschehen mußte, in der Weise erfolgt, daß von den zu gewährenden Abschlagszahlungen 5 pCt. zurückbehalten werden, die mit 5 pCt. verzinnt nach der Abnahme des Baues zurückverstattet sind.

Gründe. Um Parteilichkeiten und Leidenschaftlichkeit zu begegnen, so weit im Interesse des Baues

selbst zu handeln, und um unbedingten Meistern die Betheiligung an Bauwerken möglich zu machen.

ad 4 wird mit dem Hinzufügen genehmigt, daß diejenigen Meister, welche in einem Kreise wohnen der nicht die erforderliche Anzahl von Meistern, welche ein Mittel herstellen können, in sich schließt, sich einer benachbarten Innung anschließen müssen, und daß Kreisen, welche viele Meister haben, das Recht zustehen soll, in andern Städten ein zweites Mittel zu begründen.

Gründe. Durch die bereits vorhandenen Innungen ist dargethan, daß Eintracht unter den Meistern und das Aufblühen des Gewerbes in der vollständigen Sicherung und Anerkennung der Innungen durch die Staatsbehörde zu finden ist.

ad 5 wird angenommen.

Gründe. Frey ist menschlich und durch Austausch von Meinungen von Sachkundigen jeglichen Baugewerkes ist ein unparteiliches Urtheil über die Ausführung des Baues zu erlangen.

ad 6 wird angenommen mit dem Zusatz, daß auch Civil-Behörden eine solche Maßnahme nicht gestattet sein soll, gleichviel ob die Ausführungen in Festungen oder in offenen Städten geschieht.

Gründe. Den Meistern und Gesellen, welche Abgaben für ihre Gewerbe steuern müssen wird die Arbeit entzogen, wozu sie durch Qualification nur allein berechtigt sind.

ad 7 wird angenommen.

Gründe. Den in diesem Satze ausgesprochenen Gründen wird noch hinzugefügt, daß es zur Förderung der guten Sache nothwendig ist, Bau-Beamten im Staate anzustellen, welche so zu sagen von der Pike an gebildet haben.

ad 8 wird angenommen und es wird ausdrücklich bemerkt, daß ein Maurer- und Zimmermeister in einer Person nur dann fungiren darf, wenn er in jeder Profession drei Jahre gelernt und ebenso in jeder Profession 5 Jahre als Geselle gearbeitet hat. Daß diesen Bedingungen genügt worden ist, hat der Kandidat durch Atteste vom Innungsmeister nachzuweisen.

Gründe. Die bestehenden Verordnungen haben es zulässig gemacht, daß unbesähigte Kandidaten beim Examen durchgelassen werden konnten, ohne ihre praktischen Kenntnisse vorher sorgfältig sondirt zu haben.

Im Allgemeinen wird angenommen, daß ein tüchtiger Werkmeister nur unter den gestellten Bedingungen ausgebildet werden kann, abgesehen davon, daß nächst einem Maurer- und Zimmermeister in kleinen Städten nicht noch ein zweiter Maurer- oder Zimmermeister leben kann, daß dadurch die Interessen beider gefährdet sind.

ad 9 wird angenommen und bemerkt, daß die Preise nur insofern verschieden normirt werden sollen, als die Hauptstadt der Provinz einen höhern Lohnsatz feststellen kann, hingegen die Provinzialstädte und das platte Land in eine Kategorie zu stellen sind.

Gründe. Es wird dadurch bezweckt, das Hin- und Herziehen der Gesellen zu verhindern.

B. Vorschläge zur Festsetzung von Innungs-Artikeln und zur Einleitung für die Entwerfung derselben.

ad 1 wird angenommen.

ad 2 wird angenommen mit der Berücksichtigung, welche ad 4 der Vorschläge für die Petition an die National-Versammlung, ausgesprochen ist.

ad 3 wird angenommen mit dem Hinzufügen, daß die Unterstützung arbeitsunfähiger und verunglückter Meister durch die Innungs-Kassen von den Meistern, hingegen die Unterstützung der Gesellen aus den Innungs-Kassen der Lehrlern bewirkt wird.

ad 4 wird angenommen.

ad 5 wird angenommen.

ad 6 wird angenommen.

ad 7 wird angenommen und hinzugefügt, daß die Zeit ihrer Funktion auf 3 Jahre festzustellen ist; doch

wird bemerkt, daß ihnen das Recht aussteht, das Amt noch ferner zu führen, wenn sie widerum dazu gewählt werden sollten.

ad 8 wird angenommen.

C. Generelle Vorschläge.

ad 1 wird angenommen.

ad 2 wird angenommen.

ad 3 wird angenommen.

Schlief sich wurde noch der Wunsch ausgesprochen, daß der Hauptverein in noch folgende Petition an die Nationalversammlung zu der seinigen machen möge:

„Es soll eine Wittwen-Kasse ins Leben gerufen werden, wozu jeder verheirathete Meister in der Provinz beitragen hat, analog der Wittwen-Kasse für Köchliche Beamte.“

Der Collegen Gewiese wurde von der Versammlung beauftragt, dies Protokoll in Abschrift mit einem Ansuchen an den Hauptverein nach Opatowitz zu richten, auch durch ein Extra-Blatt in der Breslauer Zeitung die Verhandlung veröffentlicht zu lassen.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben:

G. Gewiese,

Maurer- und Zimmermeister in Glogau,
als Diner.

Siebertich,

Maurer- und Zimmermeister in Glogau als Schriftführer.

Fischer,
Zimmermeister in Glogau.

W. Fabian,
Maurermeister in Glogau.

Fischer,
Zimmermeister in Neusalz.

Böhr,
Maurermeister in Polkowitz.

Jäckel,
Maurer- und Zimmermeister in Neusalz.

Schunk,
Maurermeister in Glogau.

Lattke,
Zimmermeister in Steinau.

Leuschner,
Zimmer- und Köchmeister in Glogau.

Hoffmann,
Zimmermeister in Glogau.

Wittber,
Zimmermeister in Polkowitz.

Scheithauer,
Zimmermeister in Butten.

Kube,
Zimmermeister in Wierzb.

Günther,
Maurermeister in Sagan.

Wetters,
Zimmermeister in Karolath.

Wetters,
Zimmermeister in Sprottau.

Steinbach,
Maurermeister in Fraustadt im Großherzogthum Posen.

Dehke,
Zimmermeister in Neustädtel.

H. Steinbach,
Zimmermeister in Fraustadt im Großherzogthum Posen.

Urban,
Maurermeister in Raudten.

F. Deutner,
Maurermeister in Beuthen.

Eckert,
Zimmermeister in Fraustadt im Großherzogthum Posen.

Gernoth,
Maurermeister in Neustädtel.

Diejenigen Herren Kollegen, welchen sich diesem Zweigvereine noch anschließen wollen, mögen dies durch eine schriftliche Erklärung, die an den Verein zu richten ist, aussprechen.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redacteur: Nimbs.

Extra-Blatt

der Breslauer Zeitung.

Breslau, am 15. Juni, Nachmittags 4 Uhr.

♂ Berlin, 13. Juni. [Besürchtungen.] Manche Anzeichen lassen darauf schließen, daß die Behörden hier eine republikanische Erhebung besürchten. Man spricht sogar von Papieren, die, noch herrührend von den süddeutschen, republikanischen Versuchen, Fingerzeige geben; und aus dem fernen Norden sollen Mittheilungen angelangt sein, welche sich das Ansehen geben, eine über ganz Mittel-Europa weit verzweigte Verschwörung zu enthüllen, die von einem aus fünf Personen bestehenden Central-Comité geleitet werde und den Zweck verfolge, Föderativ-Republiken einzurichten.

Berlin, 14. Juni. [Angriff gegen die Gitterthüren am Schlosse. — Mannigfaltiges.] Während die constituirende Versammlung sich in Debatte über die Frage erhitze: ob die Bürgerwehr hinreichenden Schutz gegen Excesse biete, entscheidet das Volk diese Frage thatsächlich. Schon seit der denkwürdigen Brückenvernagelung streitet man sich darüber, ob die Schloßportale durch Gitter verwehrt werden sollen oder nicht. Das Volk erblickt in dieser Verpöhlisadirung der Schloßthore eine Kundgebung des Mißtrauens, das Schloßkommando eine Erleichterung der Bürgerwehr; die Bürgerwehr ihrerseits widerspricht und erklärt, keiner Erleichterung zu bedürfen, wogegen ihr früherer Commandeur, Gen. Aschoff, und die unteren Führer, Majore u. Hauptleute, alle Verantwortlichkeit auf sich nehmen wollen. Unter solchen Auspicien sind denn gestern oder vorgestern eiserne Gitter an einigen seit unvordenklichen Zeiten offenstehenden Schloßportalen angebracht worden. Um Mittag sammelte sich nun ein Haufe Volks auf dem Schloßplatz, hob einige der eingehängten Thorflügel aus und war in Begriff, dieselben sammt den noch uneingehängt dastehenden in die Spree zu werfen. Studenten, welche hinzukamen, verzögerten es und man einigte sich dahin, daß die Gitterthüren nach der Universität gebracht und unter die Obhut der Studenten gestellt wurden. Die stark besetzte Bürgerwehr sah dem Vorgange ruhig zu, wogegen das Volk das von den Bürgerposten besetzte Portal mit seinen Gittern unangegriffen ließ. Nach vollendetem Geschäft zerstreute sich das Volk, nur Wenige blieben in Gruppen gesammelt zu ruhiger Unterhaltung zurück. Die Singakademie ist von zahlreicher Bürgerwehr umgeben und Niemandem wird der Zugang zu dem Gebäude verweigert, der sich nicht durch Vorzeigung einer Karte legitimirt. Nichts desto weniger und ungeachtet des polizeilichen Verbots sind eine Menge Menschen in der Nähe des Gebäudes, namentlich vor der

Universität versammelt. Gestern Abend zwischen 6—7 Uhr wurde Berlin von einem furchtbaren Orkan mit Hagel und Regen heimgesucht, der einen bedeutenden Schaden in Gärten und an Fensterscheiben anrichtete. Die Kellerwohnungen vieler Straßen waren ganz mit Wasser angefüllt. Der Hagel scheint sich nur auf Berlin und dessen nächste Umgebung erstreckt zu haben. (Lith. Corresp.)

♂ Berlin, 14. Juni. [Unruhen.] In der Kammer sich in ziemlich unfruchtbaren Debatten erging, ob sie sich für unverletzlich erklären solle, hatten wir draußen einen sehr stürmischen Tag, dessen Anzeichen noch auf schwere Kämpfe deuten. Trotz der gezogenen Chaine hatten sich große Volksmassen in der Nähe des Zeughauses und der Singakademie angehäuft, die bis an das Schloß reichten. Dort sollten eben vor einigen Portalen Gitter angebracht werden. Arbeiter in sehr erregter Stimmung zerstörten diese Gitter, warfen sie theilweise in's Wasser, theilweise trugen sie dieselben wie im Triumphe nach der Universität und übergaben sie den Studenten. Ein eigenthümlicher Zug! Die Bürgerwehr, die sich bereits früher gegen die Einrichtung der Gitter ausgesprochen, sah dem Treiben ruhig zu. Dies geschah zwischen 11 und 12; um 2 Uhr wollten Einige bemerkt haben, daß fortwährend Soldaten ohne Gewehr in das Zeughaus gingen und mit solchen versehen herauskamen. Sofort verbreiteten sich schlimme Gerüchte, Volksmassen drängten sich vor das Zeughaus, Waffen für sich und den Abzug des Militärs verlangend. Nicht ohne Mühe säuberte die Bürgerwehr den Platz, sehr tumultuarische Scenen zogen sich bis gegen 4 Uhr hin, und eine Deputation begab sich, von großen Massen gefolgt, nach dem Hotel des Kriegsministers in die Leipziger Straße. Hier fand sich eine Abtheilung Bürgerwehr vor, die mit dem Bayonett die Ankommenen zurückdrängte; es fielen Verwundungen vor; Barrikaden an der Leipziger- und Friedrichsstraßen-Ecke begannen sich zu erheben; alle Läden wurden geschlossen; — als es einem Major der Bürgerwehr gelang, die sehr gereizten Leute zu beschwichtigen. Die Deputation kam zu Canig und begab sich von da zu Blesson, um dessen Abdankung zu erzwingen, weil er Schuld sei. Referent mischte sich viel unter die Volksgruppen; er fand sie sehr erbittert, furchtbar aufgeregter, zum Aeußersten bereit, aber er fand keinen rechten Grund für die Mißstimmung nur die buchstäbliche Drohung: falls es nicht besser wird, falls die Ergebnisse des 18. März nicht ins Leben treten, solle Alles

„umgekrempelt“ werden. Viele Arbeiter waren auf den Beinen, ein glühender Haß fängt an die niederen Volksschichten zu ergreifen, und diesem Geiste gegenüber ist die heutige Debatte in der Kammer eine ribikule. — An den Ecken befindet sich ein Plakat: „Die Breslauer an das Volk von Berlin“, welches durch das Comité einer Volks-Versammlung in berebter Sprache die Anerkennung der Revolution vom 18. März ausdrückt. — Eine Aufforderung an sämmtliche durch Vergehen gegen die bestehenden Gesetze gravirte und unglücklich gewordene Personen, welche die Letzteren auf Morgen zu einer Versammlung einladet, ist ziemlich bemerkenswerth, da wohl gegen 10,000 derartige Personen hier sind.

♂ Berlin, 14. Juni, 10 Uhr Abends. [Die Bürgerwehr macht von der Schußwaffen Gebrauch.] Gegen 9 Uhr drängten sich große Volksmassen gegen das Zeughaus, das von Außen durch Bürgerwehr besetzt war. Vom Portale des Zeughauses, dem Siebhaufe gegenüber, fielen von der Bürgerwehr Schüsse; eine Person wurde getödtet, mehrere stark verwundet. Sofort stob das Volk mit dem Rufe auseinander: Mache! Zu den Waffen! Barrikaden! Tücher wurden in Blut getaucht und als Fahnen umhergetragen. In der Behrenstraße wurden Barrikaden errichtet, eben so vor dem Königsthor. So eben wird das Depot des Dpernhauses in der französischen Straße geplündert; die Thüren wurden erbrochen, das Volk bewaffnete sich mit Piken, die es dort fand. Die Studenten, die Handwerkervereine sind bewaffnet. Fabelhafte Gerüchte vom Herandrücken der Truppen werden verbreitet. Obgleich unter den Arbeitern furchtbare Erbitterung herrscht und die meisten Theile der Stadt in Aufruhr sind, glaube ich vorläufig an keinen Schlag. Bis jetzt nirgends eine Spur von republikanischer Demonstration. Bei Camphausen war nach der Füsillade vor dem Zeughause eine Deputation, an deren Spitze Julius Behrends gestanden haben soll.

Nachschrift, 11 Uhr. [Erstürmung des Zeughauses.] Auf meiner Fahrt nach dem Eisenbahnhof fand ich die Stadt zwar sehr erregt, aber doch nicht bedrohlich, so daß ich glaube, wir bekommen diese Nacht kein Blutvergießen. Das Zeughaus wird so eben gestürmt. Ein Theil des Volks ist bewaffnet. Man besürchtet das Anrücken des Militärs. In der Königsstraße keine Barrikaden. Im Voigtlande große Aufregung. Es hält sich für die Nacht schlagfertig.

